

POLIZEI REPORT

G 6825
ISSN 2197-2273

Nr. 156
März 2024

#immerda



Liebe Leserinnen und Leser!

Vor euch liegt der neue Polizeireport.

Die Redaktion hat es sich nicht leicht gemacht bei der Auswahl der politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Berichterstattung. Es gilt wie immer, zum Redaktionsschluss (Ende Februar), zu entscheiden, welche Veröffentlichungen abgedruckt werden. Den Blick einige Wochen nach vorne gerichtet und möglichst aktuell zu sein, mitunter nicht einfach.

Wir denken, dass es aber gelungen ist, auch in dieser Ausgabe ein journalistisches Angebot zu unterbreiten, das alle Themen und die Bereiche bedient.

Natürlich beschäftigen und erschüttern uns nach wie vor die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine und Israel. Unsere Positionen dazu haben sich nicht geändert.

Dass wir aber einmal alle Kräfte bündeln müssen, um unsere Demokratie aktiv zu verteidigen, war bisher weit weg und nicht vorstellbar. Nun ist es im Jahr 2024 jedoch bittere Realität.

Daher sind wir alle gefordert, das, was wir tun können, auch in Taten umzusetzen. Laut sein und Position beziehen gegen alle Strömungen von „rechts und links“, mit aller Kraft. Nie wieder ist jetzt!

Aber auch der polizeiliche Alltag in allen Bereichen hat sich verändert. Nicht alleine die Tatsache, dass ein neuer Innenminister Verantwortung trägt. Nahezu alle Probleme treten gefühlt gleichzeitig auf. Bei den Beamten und Angestellten.

Die Tarifverhandlungen haben im Februar begonnen, möglicherweise und hoffentlich mit einem guten Ergebnis beim Lesen dieser Zeilen.

Die verfassungswidrige Besoldung ist noch immer nicht beseitigt und auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage noch nicht in Sicht.

Personelle Engpässe in allen Bereichen, eine spürbar abnehmende Attraktivität für den Polizeiberuf in Hessen – Realität.

Im Februar 2024 standen 280 Stellen dafür zur Verfügung, 211 davon konnten nur eingestellt werden. Historisch niedrig.

Dass sich das alles ändert, dafür setzen sich die GdP und die Personalräte in allen Behörden und Präsidien ein.

Im Mai finden landesweit die Personalratswahlen statt. Es ist wichtiger denn je, die Personalräte zu stärken, damit sie auch eine gewichtige Grundlage zur Interessensvertretung haben. Nur damit ausgestattet können sie auf Augenhöhe mit der Polizeiführung und Politik verhandeln.

Nutzt daher bitte euer Wahlrecht und gebt der GdP die Stärke dazu. ■

Eure Redaktion

POLIZEI REPORT

Die Redaktion des Polizeireports



Jens Mohrherr



Peter Wittig

Nachrichten – Informationen – Meinungen

Demokratie braucht Zeichen der Solidarität	5
Stärke der Demokratie sind ihre Demokraten	8
Mitbestimmung – nur mit uns	9
Behördlicher Rechtsschutz ist Fürsorge – kein Almosen	11
Einschreiten der Polizei im Fußballeinsatz	12
Innenminister und GdP im Positionsaustausch	16
Personalratswahlen	19
SPEZIAL ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN:	
• Unser Team für den Hauptpersonalrat	
• HöMS, HLKA und HPT: Besondere Aufgaben und hohe Spezialisierung	
• PP Westhessen: Grandioses Wahlergebnis bestätigen	
• HPE: Ein breit aufgestelltes Team für alle Bereiche	
Bauern kamen nach Wiesbaden – GdP war dabei	27
Verkehrsgerichtstag mit Studierenden der HöMS	28
Kurzweiliges Seminar „Funktionäre in der GdP“	31
GdP Westhessen mit eigenem „Julius-Channel“	32
Mitgliederversammlung an der HöMS	33
Neuwahlen in der Kreisgruppe Mudra	35
Berichte, Bingo und Bescherung	37
Ein ambitionierter Blick in die Zukunft	39
Schau mich an – ich erkenne deine Emotionen	41
Neues GdP-Seminar „Video-Produktion“	42

Inhalt

DEMOKRATIE BRAUCHT ZEICHEN DER SOLIDARITÄT!

GROSSDEMONSTRATIONEN GEGEN RECHTE STRÖMUNGEN - DIE GDP WAR DABEI

Deutschland steht auf gegen „Rechts“! Endlich! Haben wir alle zulange weggeschaut, nicht hingehört oder verdrängt? Woher kommt die Politikverdrossenheit und die hohe Anzahl derer, die auch durch Wahlverweigerung das Dilemma sinkender Wahlbeteiligungen allenthalben verantworten?

Der Rechtsruck in Europa ist nicht neu. Despoten, wie in der Türkei und in Ungarn, haben Konjunktur. Sie machen sich mit den Kriegstreibern in Moskau gemein, während ihre Völker mit horrenden Inflationsraten um die täglichen Existenzen, in Istanbul und anderswo, kämpfen müssen.

Der Terror im Nahen Osten hat nie aufgehört

Wann erinnern wir uns daran? Seit Beginn des Überfalls der Terrororganisation Hamas auf Israel wird vielen von uns erst oder gar wieder bewusst, was „Nah-Ost – Krieg“ ist. Auch in der Ukraine herrscht noch immer Krieg. Mitten in Europa.

Dauer ungewiss. Berichterstattungen aus Kiew und anderen Städten der Ukraine findet man immer häufiger nicht mehr auf den ersten Seiten der medialen Berichterstattungen.

Die „Bundesampel“ in Berlin

Die „Bundesampel“ in Berlin sorgt durch „ihre teilweise ungeordnete Politik“ mit dafür, dass sich viele Wählerinnen und Wähler von der Politik abwenden. Der Nährboden für radikale, antisemitische und rassistische Meinungsmacher wird damit unbewusst gefördert und die AfD jubelt monatlich über neue Rekorde in Sachen Mitgliedergewinnung. Nicht nur im Osten der Bundesrepublik!

Das ist wahrlich eine schlechte Anamnese für unsere Demokratie! Ist doch die Demokratie die beste Staatsform, wie viele von uns finden! Stimmt mein Befund?

Oder sind noch viele andere Gründe verantwortlich dafür, dass wir Demokraten Riesensorge davor haben, dass anstehende Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und in Thüringen einen „rechten Wahlgewinner“ hervorbringen, der in öffentlichen Bekundungen davon träumt, „als AfD sich Deutschland endlich zurück holen zu wollen!“

Zurückholen? In das dunkelste Kapitel Deutschlands? Mir wird bei dem Gedanken speiübel!

Ja, Millionen Menschen in Deutschland und hunderttausende in Hessen bekunden, dass sie die „Nationalsozialisten“ und „Rassisten“ satthaben. Und die Scharfmacher der AfD natürlich!

Geheimplan gegen Deutschland:

Das Fass geriet zum Überlaufen, als „Korrektiv“ von den Machenschaften der Rechten berichtete. Geheimplan gegen Deutschland: Von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen.

Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland.

Wiesbaden steht auf:

Steht auf, wenn ihr Demokraten seid, rufe ich an einem regnerischen Abend mit über 15.000 Gleichgesinnten in der hessischen Landeshauptstadt! 15.000 Menschen, generationsübergreifend, waren am 25. Januar am Hauptbahnhof in

„GdP-Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, fordern wir umgehend auf, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen.“

Sie sind in der GdP ausdrücklich nicht willkommen.“

Jens Mohrherr – GdP-Landeschef

Wiesbaden, friedlich, zusammengekommen. Unsere GdP-Abordnung konnte sich sehen lassen. Gelbe Westen mit unserem GdP-Stern ließen hier und da andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Versammlung freundliche Kommentare in unsere Richtung schallen:

Die Gewerkschaft der Polizei ist ja auch da. Ja, was denn sonst? Wir sind Mitglied im Wiesbadener Bündnis für Demokratie – seit langem.

Unser Kurs ist klar:

Unsere Demokratie ist alternativlos! Wir wollen mehr Demokratie am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft! Menschenverachtung und Intoleranz haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Die Freiheit, der Zusammenhalt und die Demokratie in Deutschland stehen auf dem Spiel!



Die AfD und andere Verfassungsfeinde planen, Menschen aus Deutschland zu deportieren. Die GdP fordert ihre Mitglieder auf, aufzustehen, mitzugehen und ganz klar NEIN zu sagen! Unsere Kern DNA ist das Bekenntnis zur Demokratie und damit zu unserem Rechtsstaat!

Wir müssen als Gesellschaft mehr tun, um „Rattenfängern“ und „Meinungsmachern aus dem rechten Spektrum“ kraftvoll entgegen zu treten. Die Gesellschaft darf sich nicht zurücklehnen und abwarten, wie es in und mit unserem Land weitergeht.

Gemeinsam sind wir stark! Braune Hetze gegen Ausländer und Andersdenkende durch „sog. Politiker“, die sich in der AfD als „Saubermänner“ generieren, dürfen in unserer Gesellschaft kein Gehör finden!

AFD unvereinbar mit GdP

Wer unser Zusammenleben in Frage stellt oder angreift, ist bei der GdP unerwünscht! Gleichzeitige Mitgliedschaften in der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) sind nach einem Bundesvorstandsbeschluss der GdP nicht vereinbar.

GdP-Mitglieder, die sich mit ihrer Parteimitgliedschaft zur AfD bekennen, sie unterstützen oder mit ihr sympathisieren, fordern wir umgehend auf, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft zu verlassen. Sie sind in der GdP ausdrücklich nicht willkommen.

Unsere GdP-Kern-DNA

Wir, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), sind eine politische Organisation, die sich unabhängig von Regierungen, Verwaltungen, politischen Parteien und Religionsgemeinschaften für die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten und ehemals Beschäftigten der Polizei einsetzen. Wir bekennen uns zur freiheitlichen demo-

kratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und lassen uns von Zielsetzungen leiten, von demokratischen Prinzipien und von den Grundrechten, wie sie in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind!

Wir setzen uns für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ein. Undemokratische Bestrebungen jeder Art lehnen wir ab!

Die Gewerkschaft der Polizei wird sich weiterhin dafür einsetzen, das hohe Vertrauen, das die Bevölkerung in die deutsche Polizei hierzulande hat, zu bewahren und allen Versuchen, die Demokratie zu gefährden, die Gesellschaft zu spalten und die Polizei zu instrumentalisieren, entschieden entgegenzutreten.

Die AfD – eine Gefahr für unsere Demokratie

Nach meiner Ansicht ist die Alternative für Deutschland (AfD) eine menschenverachtende Partei, die sich weder der Demokratie noch der historischen Verantwortung Deutschlands verpflichtet fühlt.

„Die Rechten versuchen, mit den Mitteln der Demokratie diese Demokratie abzuschaffen. Sie dürfen aber nicht erfolgreich sein. Dafür braucht es alle Demokraten, dies zu verhindern – jetzt“

Die AfD erteilt der parlamentarischen Demokratie eine Kampfansage. Eine konstruktive parlamentarische Oppositionsarbeit zur Lösung komplexer Probleme findet in der Regel nicht statt.

Vielmehr ignoriert sie den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Konsens. Die AfD bietet keine Lösungen zur Bewältigung der nationalen und globalen sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen an. Ihr Ziel ist es, mit Provokationen und Inszenierungen medienwirksam aufzufallen und mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie abzuschaffen.

Die AfD ist nach unserer Auffassung eine im Kern rassistische, nationalistische, menschenverachtende, demokratie-

und gewerkschaftsfeindliche Partei, deren politische Bestrebungen den Grundsätzen und Werten eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats und dem solidarischen Prinzip der Gewerkschaft der Polizei konträr entgegentreten.

Die AfD ist demokratisch gewählt, sie ist aber nach Bewertung der GdP keine demokratische Partei.

Unsere GdP steht als einzige Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte mit einer klaren Abgrenzung gegenüber der AfD für ihre Werte ein. Menschen- und Grundrechte sind mit uns nicht verhandelbar. Ein Blick in unser Grundgesetz macht deutlich: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die im Mai anstehenden Personalratswahlen sind Ausdruck unserer Demokratie. Ich würde mich freuen, wenn ihr nicht nur von eurem Wahlrecht Gebrauch macht, sondern die Liste der GdP-Kandidatinnen und Kandidaten vom 13. bis 17. Mai 2024 wählt!

Jens Mohrherr

Vorbereitung auf den Ruhestand

Dem neuen Lebensabschnitt das Beste abgewinnen

Wer kann daran teilnehmen?

Alle Kolleginnen und Kollegen (Mitglieder) ab 2 Jahre vor dem Eintritt in den Ruhestand bzw. in die Rente und alle Kolleginnen und Kollegen, die weniger als 24 Monate im Ruhestand sind

Auf was könnt ihr euch freuen?

- Vorsorge und Vorsorgeverfügungen
- Was kommt danach? Abschluss des Berufslebens
- Änderungen bei der Beihilfe im Ruhestand
- Versicherungsangelegenheiten im Ruhestand
- Hinterbliebenenversorgung, Witwengeld u.a.
- Aktuelle gewerkschaftliche Infos
- Kultureller und touristischer Teil

Und wann findet das Ganze statt?

15. bis 17. Oktober 2024

Wo findet das Seminar statt?

Landgasthof Bechtel, Vor der Brücke 4
34628 Willingshausen-Zella
Homepage: www.hotel-bechtel.de

Was gilt es zu beachten, wenn ich/wir teilnehmen möchten?

Die GdP bietet ihren Mitgliedern dieses Seminarformat an, um sie auf den neuen, dritten Lebensabschnitt vorzubereiten und ihnen Anregungen und nachhaltige Gedankenanstöße mitzugeben. Der Eintritt in den Ruhestand ist heute nicht mehr gleichbedeutend mit dem Verlust von Kontakten und Lebendigkeit – im Gegenteil:

Für viele von uns sind die mit Beendigung des aktiven Berufslebens zur Verfügung stehenden Möglichkeiten eine Bereicherung des Alltags.

Für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind zwei Übernachtungen im Hotel „Bechtel“ und drei Tage Vollpension inklusive. Tagungsgetränke und Vorträge der Referenten ebenso.

Reisekosten werden nicht erstattet

Und wie kann man sich dafür eigentlich anmelden?

Die Anmeldung erfolgt ausschließlich über das Formular auf der Homepage der GdP Hessen:

www.gdp-hessen.de. Dort unter „Leistungen/Seminare“.

Reservierungen oder Vormerkungen sind nicht möglich.

Wartelisten aus dem Vorjahr werden berücksichtigt.

Ich habe Fragen – wer kann mir denn weiterhelfen?

Wendet euch ganz einfach an:

- Bernd Braun, E-Mail: seniorengruppe@gdphessen.de, oder
- bei den Seniorenvertretern der GdP-Bezirksgruppen, oder
- natürlich auf der GdP-Geschäftsstelle unter 0611-992270

Redaktion ■



STÄRKE DER DEMOKRATIE SIND IHRE DEMOKRATEN

DIE WEHRHAFTIGKEIT UNSERER DEMOKRATIE IST MEHR GEFORDERT DENN JE

Es wird einem schon Angst und Bange, blickt man auf die nahezu wöchentlich steigenden Zahlen der Unterstützung für die sog. „Rechten“ in der Bevölkerung. Als Reaktionen hört man sehr oft „das war doch schon immer so“ oder „das legt sich doch von selbst wieder“. Ist das so oder nehmen wir alle das zu sehr auf die leichte Schulter. Die Fakten kämpfen gegen die Fiktionen. Wir müssen neu lernen, was die Folgen der Fakten sind. Wenn wir sie nicht bekämpfen.

Die Nationalsozialisten in Deutschland sind auf dem Vormarsch, im wahrsten Sinne des Wortes. Die Geschichte lehrt gerade uns, welche verheerenden Folgen solche Ideologien und autoritäre Regime haben. Angesichts dieser Entwicklung ist es entscheidend, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie nicht bloß zu betonen, sondern sie jetzt aktiv zu verteidigen.

Unsere Demokratie ist das kostbarste Gut, das auf den Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit beruht.

Aber plötzlich steht sie auf der Kippe. Alleine kann sie sich nicht derer erwehren, die sie, und das ist das Perverse daran, mit den Instrumenten der Demokratie bekämpfen. Es ist umso wichtiger, dass die Demokratinnen und Demokraten aktiv teilnehmen, aufstehen und alles dafür tun, um die rechten Fakten nicht in der befürchteten Fiktion enden zu lassen.

Nur die offene und aufgeklärte Gesellschaft kann den Boden für extremistische Ideen weniger fruchtbar machen.

Unsere politischen Akteure jeglicher demokratischer Couleur müssen ihrer Verantwortung endlich gerecht werden.

Schaut man sich derzeit Debatten in den Medien und Parlamenten etwas genauer an und hört auch aufmerksam zu, entsteht ein verzerrtes Bild. Alle Protagonisten scheinen sich einig, wenn es darum geht, unsere Demokratie zu verteidigen. Aber welche Sprache sprechen die Fakten in der politischen Umsetzung?

Man streitet sich, unentwegt und öffentlich. Die Bundesregierung ist ein schillerndes Beispiel hierfür. Nahezu nichts, was eigentlich intern bleiben sollte, bleibt auch dort. Es wird parteipolitisch gestritten und der gemeinsame Konsens geht verloren.

Weshalb ist das so, fragen sich viele in unserem Land. Im Ergebnis schauen sie hilflos auf das, was dort passiert.

Eigentlich sollten doch alle demokratischen Volksvertreter einig sein beim Kampf gegen jede rechte Erstarkung.

In der politischen Umsetzung scheint es aber so, dass die parteipolitische Brille nicht abgesetzt „werden darf“. Mit eklatanten Folgen.

Bürgerinnen und Bürger sind hilflos und glauben nicht mehr an ihre Regierung(en).

Und genau hier liegt der Hund begraben, wenn ich das so bezeichnen darf.

Die Politik, allen voran die Bundesregierung, ist verantwortlich, demokratische Prinzipien zu verteidigen und sich gegen extremistische Tendenzen auszusprechen.

Gleichzeitig sollten sie auf die Sorgen und Ängste der Bevölkerung eingehen, um den Nährboden für extremistische Ideen zu minimieren. Sich vor die Bürger und gegen die Rechten stellen.

Einigkeit ist erforderlich, nicht der Kampf um politische Führung.

Der Einsatz für Bildung und die Aufklärung über die Gefahren extremistischer Ideologien ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Menschen sollten in die Lage versetzt werden, kritisch zu denken, Fakten von Fiktion zu unterscheiden und sich aktiv für demokratische Werte einzusetzen.

Geschieht dies nicht, kommt es zu dem, was wir offensichtlich zunehmend feststellen müssen.

Ein Großteil der Menschen vertraut den politischen Demokraten nicht mehr und sie flüchten mit ihrer Wahl in eine gefährliche Welt des Rechtsextremismus.

Offensichtlich, so zumindest Studien, ist ein großer Teil von AfD-Wählern nicht gemein mit den Programmen, oder gar mit den rechten Debatten und Aussagen in der Öffentlichkeit.

Hier ist der Ansatz, der her muss, um ihnen Einhalt zu gebieten. Denn dieser große Teil der Wählerinnen und Wähler sind keine Nazis. Sie fühlen sich aber im politischen Gefüge nicht mehr repräsentiert, die Gründe habe ich bereits oben beschrieben.

Was also tun in dieser schlimmen Situation? Ein Aufstand der Anständigen ist ein guter Ansatz. Wir erleben ihn seit Jahresbeginn auf unseren Straßen und Plätzen.

Es gehören aber auch die politischen demokratischen Verantwortlichen zu den Anständigen. Sie müssen vorausgehen mit allem, was sie aufbieten können.

Nicht mit Streit, sondern einer nie zuvor erforderlich gewesenen Gemeinsamkeit.

Der Nährboden der Rechten kann nur entzogen werden, wenn ihnen die Themen genommen werden, mit denen sie punkten.

Raus aus der Schutzzone und runter von der Couch.

Was lernen wir also, um unterscheiden zu können, was Fakt und was Fiktion ist?

Es hilft nicht, sich stetig und hinter verschlossenen Türen in seiner Schutzzone zuhause auf der Couch verwundert zu zeigen über die bedenklichen Entwicklungen.

Ebenso hilft es nicht, wenn sich politische Demokraten gegenseitig so bekämpfen, dass sie keine Wahlalternative mehr für die Abgewanderten sind.

Aufstehen ist angesagt, runter von der Couch und raus auf die Straßen an die Öffentlichkeit. Die Stärken der Demokratie sind ihre Demokraten.

Politik muss wieder überzeugen und auch mal über ihre eigenen Schatten springen, wenn es darum geht, mit einer und keiner parteipolitischen Stimme zu sprechen.

Wer sich nicht nur verwundert über den Rechtsruck zeigt, sondern auch Angst vor dieser Entwicklung hat, ist geradezu aufgerufen, seine demokratischen Möglichkeiten zu nutzen.

Also ab an die Wahlurnen in dieser Republik.

Nichtwählen und sich auf der zitierten Couch über Extremismus zu ärgern, reicht nicht. Betrachtet man die Wahlbeteiligungen der letzten Jahrzehnte, ist dies eine bedenkliche Entwicklung. 1972 bis 1983 bei ca. 90%, liegt diese bei ca. 76% in 2021. Schauen wir nach Hessen, waren dies 1970 bis 1983 weit über 80%. Bei der Wahl 2023 gerade noch 66%.

Und weiter nach unten in die Städte und Kommunen blicken wir besser nicht.

Was ist die Alternative? Sicher nicht die Antidemokraten der AfD und andere Populisten. Keiner möchte sie, also müssen wir sie es wissen lassen.

Wie? – Wählen gehen!

Peter Wittig

MITBESTIMMUNG – NUR MIT UNS!

Unter diesem Motto stand der erste Mitbestimmungsgipfel der GdP. Am 29. und 30. Januar 2024 fand diese neue Form der Veranstaltung großen Anklang in der Gruppe der behördlichen Ansprechpartner. Egal, ob Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte oder Schwerbehindertenvertretende und die Vertreter der Jugend- und Auszubildendenvertretungen, alle hatten eine gemeinsame Botschaft. Demokratie heißt Teilhabe und Teilhabe heißt Mitbestimmung!



Bilder: Kay Herschelmann

Für den Landesverband der GdP Hessen durften Anja ABmann als Gleichstellungsbeauftragte, sowie Karsten Bech (li.) und Daniel Klimpke (re.) für den Hauptpersonalrat der Polizei Hessen teilnehmen.



Bereits die Anfahrt war auf Grund der noch vorhandenen Auswirkungen des Bahnstreiks besonders.

Wie bei solchen Veranstaltungen üblich, bildeten Grußworte von prominenten Gästen den Beginn des Mitbestimmungsgipfels.

Der Journalist Christoph Tiegel (u. a. WDR) eröffnete gekonnt professionell und leitete in die Veranstaltung ein. Nachdem Sven Hüber vom geschäftsführenden Bundesvorstand die anwesenden Teilnehmer begrüßte, sprachen nacheinander die amtierende Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, die Bundesvorsitzende des DGB, Yasmin Fahimi und der Bundesvorsitzende der GdP, Jochen Kopelke ihre Grußworte.

Jeder Redende hatte eigene Schwerpunkte, die ihnen wichtig waren.

Während Frau Faeser auf die Einführung der Ruhegehaltssfähigkeit der Polizeizulage im Bund anspielte (in Hessen ist Sie es uns, trotz ihrer Überraschtheit, ja noch schuldig!!!), sprachen Yasmin Fahimi und Sven Hüber von den Herausforderungen der Digitalisierung und einer möglichen Transformation der Arbeitswelt und damit auch des öffentlichen Dienstes.

Wichtig war auch die Botschaft, dass Mitbestimmung kein Bremsklotz darstellt – im Gegenteil, Sven Hüber sprach deutlich die Botschaft aus, dass gleichberechtigte Teilhabe und Mitbestimmung eine „Gelingensbedingung“ des Gesamtprozesses darstellt. Hier wurde deutlich das Unverständnis darüber ausgedrückt, dass es bundesweit zwar ein Betriebsverfassungsgesetz gibt, jedoch 17 verschiedene Personalvertretungsgesetze. Dies ist ähnlich den Besoldungsgesetzen nicht nachvollziehbar und für eine gelebte Demokratie hinderlich. Das Motto kann demnach nur lauten: „Gleiche Arbeit, gleiche Rechte, gleicher Lohn!“

Auch Jochen Kopelke sprach klare Botschaften an die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes aus. Kernpunkt war dabei das Thema „gesunde Arbeit“. Hier liegt einer der Schwerpunkte auf der Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Allen voran ist Schichtdienst im Rahmen einer 41 Stunden-Woche unbestritten gesundheitsschädlich für den Körper. Die Mitbestimmung im Bund, bei den Kommunen und den Ländern ist und bleibt eine Baustelle!

Hauptbestandteile des 1. Mitbestimmungsgipfels der GdP bildeten die vier Fachforen. Hier wurden alle Kernpunkte der Mitbestimmung angetickert, um auch in Zukunft nicht nur handlungsfähig zu sein, sondern auch schlagkräftig für die Beschäftigten agieren zu können.

Die Fachforen gliederten sich in die Themenblöcke

- A (*Wir wollen Wahlen gewinnen!*)
- B (*Nachwuchs dringend gesucht!*)
- C (*Zukunftsmodell Beschäftigtenvertretung*) und
- D (*Offenes Austauschforum zu Fragen aus der Mitbestimmung*).

Die Fachforen wurden durch verschiedene Mitglieder aus dem Kreise der Teilnehmer geleitet. Für den Block „**Wir wollen Wahlen gewinnen!**“ zeichneten die Kollegen Michael Maatz und Jan Velleman verantwortlich. Hier wurden unter anderem die guten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen vorgestellt.

Eine der Kernbotschaften kristallisierte sich sehr schnell heraus. Der persönliche Kontakt, vornehmlich in Präsenz ist und bleibt das A und O der Beschäftigtenvertretung. Nur so kann das nötige Vertrauen gewonnen werden, welches sich auch in der Wahlbeteiligung widerspiegelt.

„**Nachwuchs dringend gesucht**“ stand unter der Regie der Bundesjugendvorsitzenden Jenny Otto und dem Kollegen Martin Hellweg vom Hauptpersonalrat Niedersachsen. Hier wurde unter anderem das Themenfeld beackert, wie man die Funktion eines Ansprechpartners, egal welcher Fachrichtung, wieder attraktiv für den Nachwuchs gestalten kann.

Hierbei spielt unter anderem auch die Personalentwicklung eine große Rolle. Auch sogenannte Exit-Strategien sind hier in Betracht zu ziehen, da nicht jeder beginnend in einer JAV über den Personalrat oder die Gleichstellungsbeauftragung in den Ruhestand zu gehen vermag, bzw. dies auch möchte.

Für das Forum „**Zukunftsmodell Beschäftigtenvertretung**“ bildeten Sven Hüber und Christian Ehringfeld das Mo-



deratorenteam. Das Thema Zukunft der Beschäftigtenvertretung bietet zahlreiche Herausforderungen. Neben der Digitalisierung bieten auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz und der Datenschutz weitere Themenfelder, die viele Risiken aber auch Möglichkeiten darstellen.

Die Bundesfrauenvorsitzende Erika Kraus-Schöne zeichnete sich ihrerseits für das offene Austauschforum zum Thema „Fragen aus der Mitbestimmung“ verantwortlich. Hier fand ein bunter Austausch zu allen möglichen Themen der personalrätlichen Mitbestimmung statt.

Alle Teilnehmer waren gehalten, sich für einen Tag in einem Fachforum einzubinden. Mit dieser Methodik, dass alle Fachforen doppelt besetzt waren, konn-



ten breit gestreute und gute Ergebnisse erzielt werden, die im Nachgang natürlich durch die GdP weiter genutzt und ausgebaut werden.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Fachforen ging der Mitbestimmungsgipfel mit weiteren Impulsvorträgen in den Endspurt.

Unter anderem führte Sven Hüber mit einem interessanten Beitrag über die Transformation der Arbeitswelt in einen ersten Austausch ein.

Danach stellten die Kollegen aus Niedersachsen ihr Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ vor. Hierfür erhielten sie im Jahr 2023 den viel beachteten Personalrätepreis.

Den Abschluss der absolut gelungenen Veranstaltung bildete eine Fishbowl-Diskussion zum Thema „Gemeinsamer Mitbestimmen“. Denn die wichtigste Botschaft des Gipfels ist, dass es nur gemeinsam gehen kann. Teilhabe und Mitbestimmung könnte man auch mit #wirallezusammen übersetzen. ■

Daniel Klimpke

BEH. RECHTSSCHUTZ IST FÜRSORGE – KEIN ALMOSEN

BESCHÄFTIGTE SIND BEI DER HILFESUCHE MEIST DIE OPFER IM EIGENEN SYSTEM

Nach jahrelangen Erfahrungen im aktiven Dienst rund um das Thema „Rechtsschutz für Landesbedienstete“ werfe ich inzwischen einen „externen Blick“ darauf. Zu meinem großen Erschrecken muss ich aber feststellen, dass sich offensichtlich die Grundeinstellung bei vielen Präsidien und Behörden so darstellt, als wäre dieses Instrument ein Luxusgut, und kein Recht auf Fürsorge für die Beschäftigten.

Ich erinnere mich persönlich sehr genau zurück in die Entstehungsgeschichte dieser Rechtsgrundlage, seinen Beschäftigten Rechtsschutz zu gewähren für Vorkommnisse, die sie im täglichen Dienst erleiden müssen. Schutz für diejenigen, die den Staat schützen, war die Antriebsfeder, die letztlich auch mit Geleitschutz des Hauptpersonalrats der Polizei geboren wurde.

Gemeinsam war man, so darf ich sagen, stolz darauf, nach jahrelangem Kampf endlich ein Instrument gefunden zu haben, mit dem unsere „Opfer in den eigenen Reihen“ Hilfe erlangen können.

Schon zu aktiven Zeiten in vielen Fällen als Bevollmächtigter erlebt, scheint sich jedoch dieses Rechtsinstrument in das Gegenteil zu verkehren. Wird es doch als offensichtlich reiner Luxus angesehen, dass Beschäftigte nun auch noch einen dienstlichen Rechtsschutz genießen.

Hat man nämlich einen tieferen Einblick in die Antragsverfahren mit den entsprechenden Bescheiden, kann sich der

Kopf gar nicht schnell genug schütteln, um das Unverständnis wieder aus demselbigen herauszuschleudern.

Ja, es wird vermehrt Rechtsschutz nach den „VV Rechtsschutz für Landesbedienstete“ gewährt. Die materielle Sachverhaltsprüfung der Behörden wird auf mehreren Seiten nachvollziehbar dargestellt und mündet dann in sehr hoher Zahl der Fälle zu der Entscheidung:

„Aus den vorgenannten Gründen gewähre ich Ihnen Rechtsschutz nach den Vorschriften der VV Rechtsschutz für Landesbedienstete“.

Freude kommt auf bei den Antragstellern. Freude und auch Beruhigung, denn ohne anwaltliche Begleitung ist man doch ziemlich auf sich alleine gestellt.

Doch langsam, einige Absätze weiter kommt dann die Ernüchterung. Die finanzielle Unterstützung wird dann, ich fasse es kurz, auf die „Mittelgebühr des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes“ beschränkt.

Was bedeutet das eigentlich?

In den Anlagen des o.g. Gesetzes (RVG) wird festgelegt, für welche Tätigkeiten ein Anwalt welche Gebühren verlangen darf. Hier gibt es einen sog. Gebührenrahmen. Ein Beispiel. Gebührennummer 4108:

Terminsgebühr je Hauptverhandlungstag für ein Termin vor dem AG, 1. Instanz.

Hierfür ist ein Rahmen von 77,00 bis 528,00 € vorgesehen. Die Mittelgebühr ist parallel dazu festgelegt mit 242,00 €.

Anhand dieser Leistungen berechnet ein Anwalt seine Gebühr. Diese stellt er dann im Rahmen des genehmigten be-

hördlichen Rechtsschutzes der Behörde in Rechnung. Und hier beginnt das Dilemma. Ich kenne aus meinen Erfahrungen nahezu keinen Anwalt, der zur Verteidigung eines Polizeibeamten die gesetzliche Mittelgebühr abrechnet.

Im Gegenteil, der Aufwand ist nachvollziehbar in den letzten Jahren gestiegen. Es bedarf umfangreicher Verteidigungsstrategien, insbesondere vor Gericht.

Sachverhalte müssen detailliert und praxiskonform aufgearbeitet werden, um die bestmögliche Verteidigung zu gewährleisten. So macht es schließlich auch die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage.

Dazu kommen neben dem Strafrecht noch wichtige erforderliche Kenntnisse über das Beamten- und Disziplinarrecht.

Und dann, legt man den Behördenbescheid neben die Honorarforderung des Anwalts, klaffen Lücken teils von tausenden Euro. Und die soll der Beschäftigte dann selbst tragen?! Erbärmlich.

Liebe Behördenleiterinnen und Behördenleiter, nehmen Sie bitte das Instrument Rechtsschutz als Fürsorge ernst und genehmigen Sie die Deckungszusagen ohne finanzielle Einschränkung. Dies gibt nämlich die gesetzliche Grundlage her. Lassen Sie die Beschäftigten nicht im Regen stehen! Tun Sie nicht so, als wäre das ein reiner Beamtenluxus oder gehen davon aus, dass ja jeder eine Versicherung hat, oder Gewerkschaftsmitglied ist. Wir jedenfalls lassen unsere Mitglieder nicht alleine! ■

Peter Wittig

EINSCHREITEN DER POLIZEI IM FUSSBALLEINSATZ

Noch immer haben die kontroversen Diskussionen um das Auftreten der Fanggruppen und das Einschreiten der Polizei im Bereich der Nordwestkurve des Stadions „Deutsche Bank Park“ in Frankfurt kein Ende gefunden. Die medialen Publikationen rund um das Einschreiten der Polizei anlässlich des Spiels von Eintracht Frankfurt gg. den VfB Stuttgart am 25.11.2023 waren vielfältig. Eine kritische Betrachtung der jeweiligen Beiträge von Heinrich Bernhardt, Polizeipräsident a.D.

I. VORBEMERKUNG

Nur ein auf Fakten gestütztes Untersuchungsergebnis, das von einer sachkompetenten, zuständigkeitsübergreifenden Arbeitsgruppe zu erarbeiten ist, vermag Licht in das Dunkle bringen und aufzuzeigen, was falsch gelaufen ist, wer dafür die Verantwortung trägt und was erforderlich ist, um zukünftig vergleichbare Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Bis zum Vorliegen eines aussagekräftigen Untersuchungsberichts bleibt deshalb nichts anderes übrig, als sich zunächst in Geduld zu üben und darauf zu warten, was die ersten gesicherten Schilderungen und Bewertungen der Abläufe am 25.11.2023 erbringen.

Wer jedoch schon jetzt interessiert ist, den gegenwärtigen Stand der Publikationen zu erfahren, der darf auf die einschlägigen Veröffentlichungen im Internet verwiesen werden – abrufbar durch die Eingabe im Kopf des Browser EDGE: *Kritiken zum Polizeieinsatz bei dem Spiel Eintracht Frankfurt gg. VfB Stuttgart*.

Ausgewählte Passagen incl. deren Bewertung sind aus dem nachstehenden Abschnitt II zu entnehmen.

II. DIE EREIGNISSE AM EINSATZTAG AUS DER SICHT DER VERÖFFENTLICHUNGEN

1. Die erste Äußerung von Eintracht Frankfurt

In diesem Artikel stellte das Vorstandsmitglied Philipp Reschke zurecht fest, dass die Aufarbeitung der Ereignisse aufgrund ihrer Komplexität noch einer geraumen Zeit bedürfe. Dennoch sei es notwendig, „ein erstes Zwischenfazit“ ... zu ziehen. Zugleich entschuldigte er sich bei denen, die während der Auseinandersetzungen verletzt worden seien.

Es ist anzunehmen, dass er dabei auch die betroffenen Polizeibeamtinnen und -beamten einschloss.

2. Die erste greifbare Stellungnahme der Frankfurter Polizei

Sie entstammt einer Pressekonferenz, in der sich im Wesentlichen der Polizeipräsident Stefan Müller und der seinerzeitige Einsatzleiter Thomas Schmidl äußerten.

Sie berichteten, dass die Einsatzkräfte erst um 17.50 Uhr aufgrund eines Not- bzw. Hilferufs aus den Reihen der Ordner am Block 40 des Stadions erschienen seien. Dort seien sie sofort von den dortigen Fanggruppen u.a. mit Türen, Gittern, Feuerlöschern und dem Inventar einer Grillstation beworfen worden. Aus den in der Pressekonferenz gezeigten „Einspielern“ hätten sich keine Belege dafür ergeben, die den „Vorwurf der polizeilichen Unverhältnismäßigkeit“ begründen ließen.

Letztendlich sei das Einschreiten der Polizei auf eine ordnungsdienstliche „Ticketkontrolle“ zurückzuführen, denen sich die Fanggruppen durch Angriffe gegen die Ordner entgegenstellten hätten.

3. Anmerkung zur angeblichen Gewaltspirale zwischen Fans und Polizei

Aus den Bezugsquellen ergibt sich eine weitere Passage, in der darauf hingewiesen wird, dass ein solches Verhalten, wie es zu Tage trat, kein neues Phänomen darstellt. Zugleich stellt man fest: „Die Situation scheint sich immer mehr hochzuschaukeln.“ Und: „Eine Lösung in einer Art Fan-Polizei-Dialog – so die Ausführungen – ist leider realitätsfern.“

III. VORLÄUFIGES ERGEBNIS DER AUSWERTUNG DER QUELLENBERICHTE

Nach alledem bleibt zu konstatieren: Die Einsatzkräfte haben es nicht verdient, wegen ihres bisher völlig unzureichend belegten Einschreitens gescholten zu werden. Sie folgten ihrer gefahrenabwehrrechtlichen Verpflichtung, die Ordner zu schützen und dementsprechend einzuschreiten bzw. den notwendigen Strafverfolgungsaufgaben nachzukommen.

Ob und in welcher Art und Intensität sie letztlich tätig wurden, wird nur durch eine qualifizierte faktenbezogene Untersuchung festzustellen sein. Ob sich der neue Innenminister Poseck, wie zwischenzeitlich von dem Landtagsabgeordneten Bocklet (Fraktion der Grünen) gefordert, dieser Aufgabe durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe stellen wird, bleibt abzuwarten.

IV. AXEL HELLMANNS – (VORSTANDSPRECHER DER EINTRACHT FRANKFURT) – ZWEIFELHAFTE VERLAUTBA-

RUNG IN DER OFFENBACH POST UNTER EINER KRITISCHEN LUPE

Während sich alle bisher angesprochenen Veröffentlichungen im Rahmen des Tragbaren hielten, gilt das nicht für den Hellmannschen Auftritt in der Offenbach Post vom 28.12.2023, S 9.

Er sah sich dort unter dem Artikel „Die Akropolis wird in Rot und Schwarz leuchten“ – wohl ohne erkennbaren Rückhalt seiner übrigen Vorstandsmitglieder – gehalten, das polizeiliche Einschreiten im Frankfurter Stadion am 25.11.2023 massiv zu kritisieren. Die Polizei habe an der einen oder anderen Stelle ihre Grenzen und damit ihren Amtsauftrag überschritten. Was genau ihn dazu bewog, solche Äußerungen – ohne jegliche Belege bzw. Evidenzen – zu treffen, bleibt er bis heute schuldig. Schon deshalb, weil es bis dato an einer seriösen Analyse fehlt, die es zulassen würde, eine tragfähige Beurteilung des Gesamtgeschehens abzugeben.

So bleibt nur übrig, entsprechende Ermittlungsergebnisse abzuwarten. So lange hätte Hellmann schon warten müssen. Dazu schien er offensichtlich nicht willens. Soweit erkennbar, unternahm er auch keinerlei Versuche, mit der Führung des Polizeipräsidiums Frankfurt – sei es mit dem Präsidenten oder dem Leiter der Polizeidirektion Süd, der den polizeilichen Einsatz geleitet hatte – ein aufhellendes Gespräch zu suchen.

Stattdessen „schlug“ er dafür auf die GdP ein, die er abwertend als „Lobbyorganisation (mit ausschließlich eigenen Interessen und einem einseitigen Blick auf die Dinge und nicht objektiv) bezeichnete. Nicht nur, dass er nicht erkennen ließ, worauf er seine vorwurfsvolle Aussage stützte, er ließ auch nicht erkennen, was das Geschehen im Stadion mit der Rolle und den Aktivitäten der GdP zu tun hatte; sie befand in keiner Weise über die Art und den Umfang eines polizeilichen Einsatzes.

Und nicht nur das: Hellmann fehlten letztlich jegliche Sach- und soziale Kompetenzen, derartig abwertend gegenüber der GdP aufzutreten. Augenscheinlich verfolgte sein Beitrag nur die Absicht, sich die Anerkennung bzw. Zuneigung der immer wieder negativ auffallenden Fanggruppen in der sog. „Nordwestkurve“ des Stadions zu erhalten und diese weiter zu hofieren, obwohl diese Gruppe nachweisbar allzu häufig rechtswidrig Pyrotechnik

in das Stadion einbrachte und abbrannte, wofür die Eintracht mittlerweile eine Verbandsstrafe in Höhe von mehr als einer Million Euro zu entrichten hatte.

Hellmann hat sich insoweit mit seiner einseitigen fragwürdigen Bekundung nicht nur sich, sondern auch dem Gesamtvorstand einen „Bärendienst“ erwiesen: Als Vorstandssprecher erscheint er kaum mehr tragbar. Auch schon deshalb, weil er – soweit erkennbar – bis heute versäumt hat, sich auch nur annähernd mit den dem Verein obliegenden Sicherheits- und Schutzpflichten der Eintracht als Veranstalter zu befassen und sie in den Mittelpunkt seines Handelns zu stellen.

Als Jurist sollten ihm die einschlägigen rechtlichen Vorgaben bekannt sein und dafür sorgen, dass die nachstehend aufgeführten Schutzverpflichtungen des Vereins auch und gerade im Interesse der großen Anzahl der friedlichen Stadionbesucher umgesetzt werden:

1. *die Verkehrssicherungspflichten gem. § 823 Abs. 1 und 2 ff. BGB*
2. *die Pflichten eines Grundstückseigentümers bzw. -besitzers (§§ 836, 837 BGB)*
3. *die vertraglichen Rücksichts- und Schutzpflichten (§§ 241 Abs. 2 i.V.m. § 280 BGB), die sich u.a. für alle Besucher aus den sog. Ticketbedingungen ergeben*
4. *die strafrechtliche Garantenstellung (§ 31 StGB i.V.m. den einschlägigen Erfolgsdelikten (§§ 222m 229 StGB))*
5. *das Hausrecht des Vereins (§§ 854, 903 BGB), das ihn berechtigt und verpflichtet, jene auszuschließen, die sich in keiner Weise an die Sicherheitsvorgaben im Stadion halten und damit die Veranstaltung gefährden oder stören.*

V. SCHLUSSBEMERKUNG

Das geschilderte Geschehen und die darauf ausgeführten kritischen Betrachtungen sollten – wie bereits angemahnt – alsbald einer gesicherten Analyse unterzogen werden, um daraus baldmöglichst die erforderlichen Schlussfolgerungen und Konsequenzen zu ziehen.

Dazu aufgerufen sind nicht nur das Innenministerium, sondern auch und gerade die Führungsverantwortlichen des Polizeipräsidiums Frankfurt und der Eintracht. Unabhängig davon erscheint es geboten, zeitnah Gespräche mit dem Deutschen Fußballbund und darüber hinaus aufhellende Unterredungen mit den Verantwortlichen des eingesetzten Ordnungsdienstes zu führen.

Im Übrigen sind die Verantwortlichen der Eintracht – mit Blick auf die sicheren Abwicklungen zukünftiger Fußballveranstaltungen im Stadion – dringend dazu aufgerufen, sich Gedanken darüber zu machen, ob das, was bisher an vorsorglichen Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet worden ist, ausreicht. Dazu gehören folgende Aufgaben- und Fragestellungen:

- Was kann und muss getan werden, um das Verhalten der Klientel in der sog. Nordwestkurve so auszurichten, dass es sich stets an den Sicherheitsvorgaben ausrichtet. Auch wenn – wie bereits im Abschnitt II. aufgezeigt – einige Betrachter Zweifel daran hegen, dass Gespräche mit den Sprechern dieser Fangruppen Erfolge mit sich bringen werden.
- Was kann und muss gegen die Fan Klientel unternommen werden, die sich in keiner Weise gewillt sieht, an die Sicherheitsvorgaben zu halten? Insofern erscheint es geboten, folgende

Maßnahmen (die nicht den Anspruch erheben, vollständig zu sein) ins Auge zu fassen:

1. Prüfung der Effektivität und Wirksamkeit der gegenwärtigen Ticketkontrollen und persönlichen Durchsuchungen an den Zugängen zum Stadiongelände! Möglicherweise mit der Folge, dass vor allem die persönlichen Durchsuchungen – im Schutze anwesender Polizei – nur noch an den Zugängen der Blöcke durchgeführt werden, in denen sich die Problemklientel regelmäßig aufhält.
2. Einführung eines personalisierten Ticketings für die vorgenannte Problemgruppe – auch unter der Vorgabe, dass mit der Personalisierung eine fotografische Erfassung des Ticketerwerbers einhergeht – mit der Folge, dass dieser Personenkreis bei seiner Kontrolle am Blockzugang automatisch digitalisiert erfasst wird.
3. Festsetzung individueller Zugangsaus-schlüsse für jene, die wiederholt gegen Sicherheitsvorgaben verstoßen
4. Festsetzung von Blocksperrern gegenüber Fanggruppen in der Nordwestkurve, die in keiner Weise ihre Bereitschaft offenbaren, sich an die Sicherheitsvorgaben zu halten.

So bleibt nur zu hoffen, dass sich der Vorstand von Eintracht Frankfurt – nach Konsultation der Polizei, des DFB und der Führung der Ordnungsdienste und wer immer noch in Betracht kommt, dazu aufgerufen sieht, sich diesem (ggf. ergänzten) Aufgabenkatalog schnellstmöglich zu widmen! Heinrich Bernhardt ■

Redaktioneller Hinweis:

Alle behandelten Quellen sind der Redaktion bekannt und können zur Validierung angefordert werden.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz in der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.

Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und HPT und das Hessische Polizeipräsidium für Einsatz mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeirei-terstaffel Hessen.

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Jörg Thumann, BZG Polizeizentralbehörden, Schönberg-Str. 100, 65199 Wiesbaden
Jens Mohrherr, BZG Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz, c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: peter.wittig@gdp.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über.

Die Benutzung von Schriftzügen zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

INNENMINISTER UND GDP IM POSITIONSAUSTAUSCH

PERSONELLE MEHREINSTELLUNGEN BEI DER HESSISCHEN POLIZEI ANGEKÜNDIGT!

Gut 14 Tage nach der Vereidigung der hessischen Landesregierung und Ernennung der Ressortverantwortlichen Minister und Staatssekretäre nahm ich im Auftrag von knapp 14.000 Mitgliedern unserer GdP als deren Vorsitzender die Einladung von Prof. Dr. Poseck gerne an, zu einem ersten Austausch im Ministerium zusammen zu kommen.



Die GdP beauftragte mich in unserer Beiratssitzung im September 2023 in Frankfurt am Main, einem neuen Innenminister den seiner Zeit beschlossenen GdP Plan für die hessische Polizei zeitnah vorzustellen.

Vorangegangen waren zwei persönliche Gespräche, die Herr Poseck und ich anlässlich des Neujahrsempfanges und seiner Amtseinführung geführt hatten. Minister Prof. Dr. Roman Poseck wurde beim Gespräch von seinem Staatssekretär, Martin Röbler, begleitet. Zudem waren weitere Mitarbeiter des Ministerbüros anwesend.

In angenehmer Atmosphäre erläuterte Innenminister Poseck zunächst die Situation, in der sich Gesellschaft und Polizei nach seiner Einschätzung befinden.

Der Koalitionsvertrag, der die Weichen für die innere Sicherheit in Hessen stellen wird, bildet Grundlage des Regierungshandelns. Hinzu kommt natürlich die Haushaltslage. Die Beratungen zum Landeshaushalt für das nächste Jahr werden bald beginnen, zuvor wird es höchstwahrscheinlich unumgänglich sein, einen Nachtragshaushalt zu verabschieden.

Auch seinen persönlichen Werdegang ließ unser neuer Innenminister in unserem Gespräch nicht außen vor. Interessiert zeigte sich Staatsminister Poseck auch an der Arbeit der Gewerkschaft der Polizei.

Nicht nur der hohe Organisationsgrad, sondern ausdrücklich auch die auf Bundes- und Landesebene präsenten Statements der GdP sind ihm nicht verborgen geblieben. Sicherlich haben wir auch gemeinsame Schnittstellen in verschiedenen Themenfeldern.

So zum Beispiel bei der Diskussion um die **Einführung einer Vorratsdatenspeicherung**, um u.a. auch die Kinderpornografie besser bekämpfen zu können. Die von Hessen vorgesehene Bundesratsin-

itiative unterstützen wir. Die hessische Polizei braucht **KI und technische Tools**, so wie **hessen-DATA**. Diese Software ermöglicht eine ermittlungsrelevante Datenauswertung in einem engen zeitlichen Zusammenhang zur Straftat. Neben einer deutlich effizienteren Polizeiarbeit bedeute der Softwareeinsatz praktizierten Opferschutz. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen ihre herausfordernden Aufgaben mit modernen, datenschutzkonformen und harmonisierten Polizeigesetzen erledigen können.

Es trägt nicht zur Motivation bei, wenn stets damit gerechnet werden muss, dass Karlsruhe Gesetze kassiert, nur weil diese weder rechtzeitig noch intensiv genug auf Verfassungskonformität geprüft waren. Eine **Aufnahme des sog. Vermummungsverbots in das Hessische Versammlungsfreiheitsgesetz** begrüßt die GdP ebenfalls ausdrücklich.

Als ehemaliger Justizminister kennt unser Innenminister auch die Schnittstellen, die Polizei und Justiz gemäß ihren zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen.

Als Leuchttürme fungieren dabei die in Hessen erfolgreich arbeitenden Häuser des Jugendrechts.

Mit Blickrichtung auf die am 14. Februar beginnenden Tarifverhandlungen vereinbarten wir schon zu Beginn unseres Austausches die nächsten persönlichen Gespräche.

Gerne stellte ich unsere GdP und im Weiteren auch Positionen aus unserem GdP Plan für die hessische Polizei vor.

Das Innenministerium, das Landespolizeipräsidium, sowie der Hauptpersonalrat der hessischen Polizei (mehrheitlich GdPgeführt) und die Gewerkschaft der Polizei haben den gesetzlichen Auftrag zur vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Besonders wichtig erschien mir im Gespräch die Darstellung der derzeitigen Stimmungslage.

Viele Dienststellen (Dienstgruppen), Kommissariate und OE'en sind personell am Anschlag.

Ermittlungsgruppen (EG'en) gehen auf dem Zahnfleisch. Polizeilicher Nachwuchs möchte nicht in die EG'en und wird „zwangsweise“ in die Kommissariate und EG'en gesteckt.

Folge: Bewerbungen in andere polizeiliche Bereiche folgen auf dem Fuß. Nicht zuletzt die monetäre Schlechterstellung der EG'en und Kolleginnen und Kollegen in den Kommissariaten (bis zu 4000 Euro weniger pro Jahr) sind die Folgen. Darunter leidet selbstredend auch die Qualität der Sachbearbeitung. Denn Überbelastung und Druck sind keine Optionen für eine „lupenreine“ Polizeiarbeit.

In einer Pressemitteilung am 4. Februar kündigte Innenminister Poseck zusätzliche Mehreinstellungen bei der hessischen Polizei öffentlich an

Klar ist: Unsere Kolleginnen und Kollegen möchten nach Jahren von Umsetzungsprozessen der durch die Expertenkommission festgestellten Schwachstellen im Polizeiapparat endlich in Ruhe arbeiten. Dazu gehört es auch, dass noch offene Disziplinarverfahren schnell beendet werden. Die Attraktivität des Polizeiberufs in Hessen bedarf einer sofortigen und schnellen Optimierung.

Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die sofortige Erhöhung dergleichen wären erste Schritte.

Verfassungswidrige Besoldung betrifft die gesamten hessischen Landesbeamtinnen und -beamte. Nach unserer Meinung muss die Landesregierung jetzt schnell einen Lösungsprozess initiieren und wirkungsvolle Umsetzungen anstoßen.

Zur finanziellen Vorbelastung bei anstehenden Haushaltsberatungen gehören neben der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung auch die möglichen tariflichen Abschlüsse, die auf Hessen zukommen.

Klar ist: Hessen darf nicht schlechter abschließen als die Tarifgemeinschaft der Länder! Wir werden jedenfalls dafür gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen kämpfen, dass der Druck auf die Arbeitsgeberseite enorm groß wird!

Auch unsere Tarifbeschäftigten haben einen Anspruch auf Höhergruppierungen.

Minister und Staatssekretär zeigten sich nach Darstellung der derzeitigen Eingruppierungswahrheit bei der hessischen Polizei, (die Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen sind in der EG 3 bis EG 9 eingruppiert), sichtlich betroffen und haben den Ball aufgenommen.

Weitere Themen waren die anstehende EURO 2024, das polizeiliche Zulagenwesen und die Vergütung von Bereitschaftszeiten bei der hessischen Polizei.

Letztgenannte Thematik haben wir bereits im Hauptpersonalrat im Februar in Erörterungen mit unserem Staatssekretär Martin Rößler vertieft.

Zunahme von Gewalt gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte

Dies ist ein weiteres Themenfeld, auf das die Landesregierung schaut. Natürlich auch die GdP.

Insbesondere die Justiz kann aus Sicht der GdP durch konsequente und schnelle Urteile, die die gesamte Bandbreite des vorgesehenen Strafmaßes auch ausschöpft, als Stärke des Rechtsstaates nach außen unmissverständlich darstellen.

Übergabe der Unterschriften für die „Zulage geschlossener Einsatzeinheiten“

Nach dem persönlichen Gesprächsaustausch bot sich die Gelegenheit, in Anwesenheit der stellv. Personalratsvorsitzenden Franziska Walter und Gregor Bader, über **800 Unterschriften aus dem HPE** zu übergeben.



Franziska Walter erläuterte den seit Jahren andauernden Prozess und die Forderung, den geschlossenen Einheiten auf Grund des nicht vorhandenen Dienstplans und die unplanbaren Dienste, oft verbunden mit der Streichung bereits geplanter freien Wochenenden, endlich nachzukommen. Gregor Bader ergänzte, dass sich bereits mehrere personalrätliche Wahlperioden immer wieder erfolglos

damit befasst haben. Auch im Vergleich anderer Bundesländer, beispielsweise mit Bayern, hat Hessen hier Nachholbedarf.

Gerade für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, deren erste Station nach dem Hochschulstudium das HPE und damit die geschlossenen Einsatzeinheiten sind, wäre eine Zulage Antrieb für eine mittelfristige Verwendung. Diese braucht es, um professionell den schwierigen Anforderungen in den Einsätzen, die von permanenten Trainingseinheiten abhängig sind, noch besser nachkommen zu können.

Minister Roman Poseck bedankte sich abschließend gemeinsam mit Staatssekretär Martin Rößler beim Personalrat des Hessischen Polizeipräsidiums für Einsatz für das Engagement für die Beschäftigten und sagte zu, sich mit dieser Thematik intensiv zu befassen.

So endete ein erster Fachaustausch mit unserem neuen Innenminister, der sich bedankte und auf die kommende Zusammenarbeit freute.

Jens Mohrherr

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE EINSATZZENTRALE

Mit einem Tag Verspätung traf Knecht Ruprecht am 07. Dezember auf der Leitstelle des Polizeipräsidiums Westhessen in Wiesbaden ein, um eine kleine Überraschung zu übergeben.

Der Kreisgruppenvorsitzende „Krolli“ Krollmann hatte eine ganz besondere Fracht auf seinem Schlitten und überreichte in einer ruhigen Minute vor dem geschmückten Weihnachtsbaum einen XXL Kontaktgrill. Das Gerät wurde dankend von einem strahlenden Markus Lindner entgegengenommen.

„Der Kontaktgrill ist eine tolle Bereicherung in der Küche der Leitstelle“, so Lindner, „denn wir haben so die Möglichkeit, schnell und gesund eine Mahlzeit zuzubereiten, ohne den Arbeitsplatz am Notruf lange verlassen zu müssen.“

Das Gerät wurde sofort in Betrieb genommen und steht nun dem gesamten Kollegenkreis zur Verfügung. Ein weiteres Beispiel der Solidarität.

Die GdP hat es einmal mehr bewiesen – EINE FÜR ALLE!

Simone Sieger



EINLADUNG ZUM 39. SKATTURNIER DER KG LIMBURG

Donnerstag, 18. April 2024, um 15.30 Uhr
im Versammlungsraum der Polizeistation Weilburg

Die Startgebühr beträgt 7,50 Euro

- 1. Platz: Preise im Wert von 50 Euro**
- 2. Platz: Preise im Wert von 30 Euro**
- 3. Platz: Preise im Wert von 15 Euro**



Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme und einen gemütlichen Skat-Nachmittag

Anmeldungen bitte bis zum 01.04.2024 persönlich, telefonisch oder via Mail an:

Alexander Rödiger, Tel.: 06431-9140-341 oder E-Mail: alexander.roedig@polizei.hessen.de

BESONDERE AUFGABEN UND HOHE SPEZIALISIERUNG

Dienststellen in den Polizeizentralbehörden rüsten sich für die Wahlen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Polizeizentralbehörden unterscheiden sich im ersten Blick von den Flächenpräsidien durch ihre entsprechenden Aufgaben mit teilweise hohen Spezialisierungsgraden. Die Zukunft und ihre zu erwartenden Veränderungen in allen Bereichen, stellt uns jedoch alle gleichermaßen vor Herausforderungen, die wir gerne annehmen und vor Probleme, die es zu lösen gilt.

Die Personalräte in unseren Behörden sind seit langer Zeit Garant dafür, mit entsprechend großer Erfahrung alle personalrätlichen Belange im Fokus zu haben. Sprechen die einen von den immer gleichen Gesichtern, sprechen die anderen von Kontinuität und Stabilität. Da haken wir ein!

Wir wollen auch in Zukunft kontinuierlich und stabil unsere Personalratsarbeit fortführen. Wir wollen aufmerksam und kritisch sein. Wir wollen die Kolleginnen und Kollegen im Blick haben, wenn es um Arbeitszeit und Belastung, Arbeitsschutz, Ausstattung und Gesundheit geht. Dafür benötigen wir Eure Stimmen!

Geht bitte zur Wahl und tragt dazu bei, dass die Gewerkschaft der Polizei in euren Behörden eine starke Stimme hat.



LIANE BELLMANN

MATTHIAS LANGE

Unsere Spitzenkandidaten für das
Hessische Landeskriminalamt

PERSONALRATSWAHLEN IN DEN POLIZEIZENTRALBEHÖRDEN

Die Gewerkschaft der Polizei hat zu den Wahlen im kommenden Monat erneut engagierte Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen aufstellen können. Wir sind sowohl bei den Beamtinnen und Beamten, wie auch den Angestellten mit einem starken Team angetreten.

Dieses Team benötigt für eine entsprechend starke Personalratsarbeit nun eure Stimmen. Denn nur mit einem starken Ergebnis sind wir in der Lage, mit den Behördenleitungen auf Augenhöhe zu verhandeln.



ENGELBERT MESAREC

Unser Spitzenkandidat für das
Hessische Polizeipräsidium für Technik



Unsere beiden Spitzenkandidatinnen für die
Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit



HEIKE BRÄUTIGAM



MARIKA HERTLING



DEINE STIMME FÜR DIE GDP



DANIEL KLIMPKE

MARKUS HEISS

WULF BALTRUSCHAT

SASKIA VÖLKER

SEBASTIAN SCHUBERT

Die Bezirksgruppe Westhessen stellt sich für die kommende Wahl zum örtlichen Personalrat im nächsten Monat einer großen Herausforderung. Durch den Wechsel an der Spitze des Personalrates von Peter Wittig zu Daniel Klimpke und dem Nachrücken von Sebastian Schubert hat die Geschäftsführung des Personalrates nach vielen Jahren eine neue Struktur.

Nun gilt es, nach dem grandiosen Wahlergebnis der letzten Wahl, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler auch für dieses Team zu gewinnen. Wir wollen dies unter anderem mit klaren Schwerpunkten und Zielen der personalrätlichen Tätigkeiten tun.

BELASTUNG

Übermäßige Belastungen ist einer dieser Schwerpunkte. In unserem Präsidium gibt es faktisch keinen Bereich, in dem nicht über Überlastung geklagt wird.

Ob sich die Vorgänge in den Ermittlungsgruppen und Kommissariaten stapeln, oder immer mehr Zusatzdienste im Wechselschichtdienst auflaufen. Die Personalknappheit macht sich bei uns stark bemerkbar.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu Verbesserungen kommt. Neben der allgemeinen Forderung nach Mehreinstellungen, treten wir auch dafür ein, dass das PP Westhessen verstärkt SIPA-Stellen zugewiesen bekommt und keine Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“ durchgeführt wird.

Das Personal muss dorthin, wo es die Umstände erfordern. Eine Verteilung nach Gießkannenprinzip ist nicht mehr vermittelbar. Gerade die zusätzlichen Aufgaben für die Landeshauptstadt mit Sitz des Parlaments, landesweiten Pilot-Projekten, Demo-Hauptstadt, Fußballereinsätzen und natürlich die Kriminalitätsentwicklung sprechen eine deutliche Sprache.

Auf zwei Klausurtagungen haben wir dies im Detail den ehemaligen Innen-Staatssekretären Dr. Heck und Sauer mit auf den Weg gegeben. Wir werden dieses Thema auch sehr deutlich an den neuen Staatssekretär Martin Rößler tragen.

Wir haben in Konkurrenz zu anderen Landesbehörden, (HPT, HÖMS, HPE, HLKA), bezüglich der Attraktivität das Nachsehen.

Aber es gibt auch örtliche Ansätze: Neben der AG Schichtdienst, die den Wechselschichtdienst genau beäugt und Prozesse hinterfragt, müssen weitere

Strukturen geschaffen werden, um Prozesse zu vereinfachen und für Entlastung zu sorgen. Als Personalrat werden wir hier Dinge anstoßen und begleiten.

VERFASSUNGSGEMÄSSE BESOLDUNG

Ein Thema, dass uns nun schon mehrere Jahre beschäftigt. Seit Beginn an haben wir immer wieder darauf hingewiesen und aufgefordert, die erforderlichen „Anträge auf verfassungsgemäße Besoldung/Versorgung“ zu stellen bzw. „Widersprüche“ hierzu einzulegen.

Die Landesregierung versteckt sich leider noch immer hinter ihrer Rechtsbewertung, dass zunächst die Entscheidung des BVerfG abgewartet werden müsse.

Sie liegt mit dieser Einschätzung falsch. Beleg dafür ist, dass in zwei Schritten die Besoldung, im Übrigen ohne Beteiligung der Gewerkschaften, um 3% erhöht wurde. Besoldungsreparatur hieß das Gesetz, von einer Verfassungsmäßigkeit jedoch noch weit entfernt.

Und über die zurückliegenden Jahre wird es spannend sein, was sich die neue Landesregierung einfallen lässt. Wir werden den Druck aufrecht halten.

BEFÖRDERUNGEN UND HÖHERGRUPPIERUNGEN

Neben der reinen Verfassungsmäßigkeit der Beamtenbesoldung ist es auch wichtig, dass Beförderungen und Höhergruppierungen bei den Menschen ankommen, die die Hauptlast der Belastung tragen.

Dies darf nicht nur in den Stäben und Führungsgruppen sein. Auch im Einzeldienst, Ermittlungsgruppen und Kommissariaten müssen weitere Stellen geschaffen werden. Einen besonderen Blick werfen wir auf unsere Tarifbeschäftigten.

Wertschätzung muss nicht immer monetär sein. Unser Präsidium ist das einzige

ohne Kantinenbetrieb. Neben dem täglichen Bedarf der Mitarbeitenden vor Ort wird eine Vielzahl an Seminaren oder repräsentativen Veranstaltungen im Haupthaus mit vielen Gästen durchgeführt.

Hier könnte etwas sehr Positives für viele getan werden, wobei es nicht nur um das leibliche Woh, sondern auch die Räume für Kommunikation geht. Investitionen sind hier dringend erforderlich.

FÜHRUNGS-AUFSTIEG

Das AQV ermöglicht vielen den diskriminierungsfreien Zugang zur Qualifikation als Führungskraft. Wir haben als Pilotbehörde hier eine Vorreiterrolle übernommen und es ist unsere Aufgabe, dieses Verfahren zum Wohl der Beschäftigten zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Neben dem neuen AQV hat sich das Gesicht der hessischen Polizei insgesamt in den letzten drei Jahren stark gewandelt.

Viele Reformen wurden initiiert und neue Philosophien etabliert.

Wir werden als Personalrat unsere Beteiligungsrechte nutzen, um die Initiativen aus dem LPP und dem Ministerium passend für unsere Behörde zu gestalten.

Wir haben natürlich sehr viele weitere Themen und vieles entwickelt sich auch aus dem Tagesgeschäft heraus. Wir blicken mit Stolz auf unsere große Mitgliedschaft und haben viele Wege der Beteiligung und Information eingeführt, wie zum Beispiel unseren Newsletter oder den Julius Kanal #Flurfunk GdP WH.

Wenn wir es schaffen, alle Mitglieder unserer Bezirksgruppe an die Wahlurne zu bewegen, können wir das Ergebnis der letzten Wahl noch übertreffen und können mit Stolz auf diese Wahl blicken. Das muss unser Ziel sein!

Eure GdP Westhessen

"Durch meine langjährige Erfahrung in vielen verschiedenen Dienststellen, habe ich einen großen Einblick in die Behörde. Ich habe jedoch nicht den Blick auch auf die kleinen Dienststellen und die einzelnen Mitarbeitenden verloren. Für mich ist der persönliche Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen extrem wichtig. Ich helfe gerne dort, wo es pressiert und scheue auch nicht den Konflikt, unerheblich ob dies zum Beispiel Gesundheitsgefahren oder fehlende Vergütung von Bereitschaftszeiten sind".



WULF BALTRUSCHAT



SEBASTIAN SCHUBERT

"Die Stimmung in der Behörde wird maßgeblich durch Entscheidungen unserer Führungskräfte beeinflusst. Neben guten Rahmenbedingungen, wie vor allem Ausrüstung und Personal, ist es deren ganz besondere Aufgabe, gute Entscheidungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu treffen. Wir müssen also die, die gute Entscheidungen treffen, als Personalrat dabei beraten und unterstützen. Die Werte, die unser Leitbild vorgibt, müssen auch mit Leben gefüllt werden. Poster alleine reichen dafür nicht aus."

"Junge Tarifbeschäftigte kommen als enorm wichtige Fachkräfte in unsere Behörde. Wir müssen hier die Rahmenbedingungen schaffen, um diesen Fachkräften ein motivierendes Arbeitsumfeld zu ermöglichen. Es ist unerheblich, ob dies in der Verwaltung, auf den Geschäftszimmern, oder als Spezialisten im Kriminalbereich der Fall ist. Jeder trägt zum Erfolg der Organisation bei. Im Personalrat möchte ich mich als Vertreterin unserer Tarifbeschäftigten dafür einsetzen und dazu beitragen, dass dies gelingt".



LAURA EWALD



**Für Dich
im Einsatz:
GdP-Personalräte**



"Für mich sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr wichtig. Ich habe selbst Familie und habe es in meiner Zeit im Wechselschichtdienst miterlebt, wie schwer es ist, beides miteinander zu verbinden. Häufig ist es nicht nur der Personalmangel, sondern auch Entscheidungen der polizeilichen und politischen Führung, die das Familienleben der Kolleginnen und Kollegen belasten können. Hier setze ich mich für bessere Rahmenbedingungen ein. Es kann für alle nur von Vorteil sein, entsprechende Rahmen zu schaffen".



SASKIA VÖLKER



DANIEL KLIMPKE

"Durch meine Tätigkeit im örtlichen Personalrat im PP Westhessen als dessen Vorsitzender und im Hauptpersonalrat der Polizei bin ich bestens vernetzt. Mitbestimmung und Gestaltung ist mir wichtig und ermöglicht demokratische Teilhabe für alle. Gemeinsam können wir ein natürliches Gegengewicht zu den Entscheidungen der Behördenleitung bilden. Ich sehe uns nicht als „Gegner“ an, erwarte aber eine ehrliche und vertrauensvolle Einbindung in Entscheidungsprozesse. Dafür werde ich mich einsetzen, für alle!"

"Durch meine lange dienstliche Tätigkeit in der Wachpolizei und als Vertreter der Tarifbeschäftigten im örtlichen Personalrat habe ich viele Kontakte zu unseren Beschäftigten in der Behörde. Hier gibt es aus meiner Sicht noch vieles zu verbessern. Neben der Problematik der niedrigen Eingruppierungen dürfen die Arbeitsbedingungen der Tarifbeschäftigten nicht aus dem Auge verloren werden. Dies gelingt nur, wenn die Probleme auch an die Behördenleitung herangetragen werden. Dies möchte ich weiterhin tun".



MARKUS HEISS



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die im Mai stattfindenden Personalratswahlen wurden von der GdP-Bezirksgruppe Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz einstimmig gewählt. Wir vertreten die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums, der geschlossenen Einheiten, der Ausbildungsbereiche und der Führungsgruppen. Darüber hinaus kümmern wir uns um die Belange der Wasserschutzpolizei, Fliegerstaffel, Polizeireiterstaffel und des Diensthundewesens. Neu hinzugekommen mit der Gründung des HPE sind die Angehörigen der Spezialeinheiten. Es spielt für uns hierbei keine Rolle, ob es sich um Beamtinnen/Beamte oder Tarifbeschäftigte handelt. Wir haben ein breit aufgestelltes Team für euch zur Wahl gestellt und bitten daher um eure Stimmen und Unterstützung.

BEREITSCHAFT UND FLEXIBILITÄT

Viele Großveranstaltungen sind nur durch den Einsatz unserer geschlossenen Einheiten zu bewältigen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten unter belastenden Bedingungen zu jeder Tages- und Nachtzeit, in schwierigen Einsätzen und gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die Dienste können in keinem regelmäßigen Dienstplan abgebildet werden und die geschlossenen Einheiten zeichnen

sich durch ihre besondere Flexibilität der Dienstverrichtung aus.

ZULAGE FÜR GESCHLOSSENE EINHEIT

Das zeigt deutlich, dass eine Zulage für geschlossene Einheiten seit langer Zeit überfällig ist und mit Nachdruck von uns gefordert wird.

VERGÜTUNG VON RUFBEREITSCHAFTEN

Eine weitere Forderung ist die angemessene Vergütung von Rufbereitschaftszeiten unserer Spezialeinheiten. Die derzeitige Vergütung ist unter Berücksichtigung

der Einschränkungen des persönlichen Lebensbereiches nicht angemessen.

Wir stehen zu unseren Forderungen für Beamtinnen/Beamte und unsere Tarifbeschäftigten.

Über die Personalräte werden diese Forderungen in die Behördenleitung transportiert. Wir erwarten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, denn am Ende haben wir die gleichen Ziele. Das Bestmögliche für unsere Beschäftigten zu erreichen. ■

Eure GdP im HPE

UNSERE GDP-SPITZENKANDIDATINNEN UND SPITZENKANDIDATEN FÜR DIE BEAMTEN UND ANGESTELLTEN



GREGOR BADER



MARTINA FREIMUTH



FRANZISKA WALTER



WIR FÜR EUCH



"Wir wollen uns weiterhin für die Interessen unserer Mitglieder und der Beschäftigten einsetzen und die beschriebenen Forderungen durchsetzen. Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung und einem guten Ergebnis für Eure GdP können Personalräte auf Augenhöhe mitentscheiden. In allen Ebenen unseres noch recht neuen Polizeipräsidiums sind unsere GdP-Vertreter für euch im Einsatz. Es gilt, weiterhin mitzugestalten. Dies geht nur mit Menschen, die sich direkt vor Ort darum kümmern und ansprechbar sind. Wir sind da, wir sind draußen bei den Einheiten und Dienststellen. Gemeinsam können wir mehr erreichen. Deshalb bitten wir euch um euer Vertrauen und eure Stimme für die Liste GdP!"



MARKUS COLLET

FÜR DIE WASSERSCHUTZPOLIZEI IM EINSATZ



CHRISTIAN GIEL



CHRISTIAN FUCHS

FÜR DEN STANDORT LICH



JENS MOHRHERR

FÜR DAS PRÄSIDIUM HPE



PHILIPP SCHMILG DENISE SINZIG

FÜR DEN STANDORT KASSEL



GREGOR BADER

FÜR DEN STANDORT MUDRA



JEAN JACQUES JUNGHANS

FÜR DIE POLIZEIFLIEGERSTAFFEL



ANNA MARIA RASCHKE

FÜR DIE JUNGE GRUPPE



TANJA WIEGAND

FÜR DEN STANDORT MÜHLHEIM

KEIN SPIEL AUF ZEIT



VERFASSUNGSMÄSSIGE
BESOLDUNG

WIR FORDERN JETZT



EINE ZULAGE FÜR
GESCHLOSSENE EINHEITEN

LANGE ÜBERFÄLLIG



DIE RUHEGEHALTSFÄHIGKEIT
DER POLIZEIZULAGE

BAUERN KAMEN NACH WIESBADEN – GDP WAR DABEI

Die Bezirksgruppen Westhessen und Einsatzpräsidium haben anlässlich der Bauerndemo am 08.01.2024 eine Einsatzbetreuung angeboten. Trotz großer Kälte und kurzer Vorbereitungszeit ein voller Erfolg! Die Lawine der Protestbewegung kam kurz nach der Entscheidung der Bundesregierung im Dezember ins Rollen, Steuerprivilegien für den Agrardiesel und die Kraftfahrzeugsteuer aufgrund der angespannten Haushaltslage zu streichen.



Alle Bilder: GdP

Die Bilder von kilometerlangen Treckerkonvois, Ampeln, die an Galgen hängen und Güllehaufen, die auf Straßen ausgekippt wurden, gingen um die Welt und machten deutlich, dass der Frust bei den Landwirten groß ist.

Aufgeheizte Stimmung

Die bundesweite Stimmung des Protests war aufgeheizt. Es entstand bei vielen Demonstrationen der Eindruck, dass auch rechte Kräfte den Widerstand nutzen und gezielt aufpeitschen, um die Lage zu verschärfen und die Gesellschaft weiter zu spalten. Eine Eskalation fand der Protest, als am 04.01.2024 die Fähre von Bundeswirtschaftsminister Habeck durch eine aufgeheizte Gruppe von Landwirten blockiert wurde, das Schiff nicht anlegen konnte und drehte.

Schwierige polizeiliche Lage

Dies alles geschah im Vorfeld der angekündigten Demonstration in Wiesbaden. Ging man zunächst von einer reinen Verkehrslage aus, war es plötzlich nicht ausgeschlossen, dass der Protest eskalieren könnte. Da die angemeldete Demonstration ein „Sternmarsch“ war und die Teilnehmenden aus vielen Richtungen nach Wiesbaden gerufen wurden, eskalierte die polizeiliche Lage innerhalb weniger Tage vorher schnell. Von einer reinen Direktionslage in eine Hessenlage, als sich herausstellte, aus wie vielen Regionen die Landwirte den Weg nach Wiesbaden antraten.

Hessisches Präsidium für Einsatz das erste Mal in der Verantwortung

So kam es, dass das hessische Präsidium Einsatz nach Neugründung nun die erste Hessenlage führen durfte. Es wurden viele Regionalabschnitte in den einzelnen Präsidien gebildet.

Es kristallisierte sich schnell heraus, dass die Schwerpunkte der Maßnahmen jedoch am Kundgebungsort in Wiesbaden sein werden und dass es hier einen großen Kräfteansatz geben wird.

In einer Vorbereitungsvideokonferenz der Bezirksgruppenvorsitzenden einigten wir uns dann auch darauf, eine Einsatzbetreuung mit dem Schwerpunkt in Wiesbaden anzubieten. Allerdings waren wir regional über die Personalräte mit den Abschnittsleitungen im engen Kontakt, um schnell reagieren zu können.

Ablauf der Demonstration

Es war im Vorfeld abzusehen, dass aufgrund der Verkehrslage die Einsatzkräfte mit PKW schlecht erreicht werden können. So wurde die Idee der Bezirksgruppe Südhessen vom Hestentag aufgegriffen, Lastenräder zur Einsatzbetreuung einzusetzen. Diese Idee hat sich gelohnt!

Am Demonstrationstag kristallisierte sich heraus, dass von einer gewalttätigen Eskalation nicht auszugehen war. Die Einsatzräume waren besetzt und die Bauern hielten sich an die Auflagen. Der Sammelplatz der Fahrzeuge war die Mainzer Straße. Von dort ging es mit einem Konvoi

dann einmal durch die Innenstadt bis vor die Staatskanzlei.

Gelang es uns in der Mainzer Straße noch mit PKW die Kräfte zu erreichen, waren die Lastenräder im Bereich der Innenstadt Gold wert. Es konnten alle Einsatzkräfte schnell erreicht werden.

Wieder Probleme mit der Einsatzverpflegung

Vor Ort zeigte sich aber, dass die hessische Polizei wieder nicht in der Lage war, den Kräften ansprechende Einsatzverpflegung zur Verfügung zu stellen. Es wurde wieder Dosenwurst mit -brot und ein paar begleitende Snacks als Beutel ausgeteilt.

Der Hintergrund hierfür ist, dass die hessische Polizei seit langem nicht mehr eigene Mitarbeitende zur Verfügung hat, die das Essen für die Einsatzkräfte vorbereitet, sondern hierfür ein Dienstleister beauftragt wurde, der zwei Tage Vorlaufzeit braucht, um die Einsatzverpflegung herzustellen. In einer solchen volatilen Lage ist dies ein sehr langer Zeitraum und es fehlt die Flexibilität.

Wir konnten hier als GdP mit kleinen Snacks und nettem Kontakt zumindest die Nerven beruhigen und für die Kolleginnen und Kollegen da sein. Das Thema Einsatzverpflegung wird uns noch weiter begleiten!

Und erneut hat sich gezeigt, wer für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist. Auf ihre GdP können sie sich verlassen. ■

Sebastian Schubert



VERKEHRSGERICHTSTAG MIT STUDIERENDEN DER HÖMS

Der diesjährige 62. Verkehrsgerichtstag (VGT) fand vom 24. bis 26.01.2024 statt. Der VGT ist die größte Fachkonferenz für Verkehrsrecht in Deutschland. Es hatten sich 1624 Teilnehmende aus dem Bundesgebiet angemeldet. Zum Teilnehmerkreis gehören die Richter-, Staats- und Anwaltschaft der deutschen Gerichtsbarkeit, Fachbereiche der jeweiligen Ministerien und Bußgeldstellen, Dozierende der Hochschulen und Vertreter aus Polizei, Fachausschuss Verkehr der Gewerkschaften und diverse Automobilclubs.

Von der HöMS haben neben den hauptamtlichen Dozierenden vom Campus Kassel, Gießen, Mühlheim und Wiesbaden, sowie Vertreter der Aus- und Fortbildung, auch vier Studierende teilgenommen.

Die Teilnehmenden wurden durch die Oberbürgermeisterin Frau Ute Schwerdtner willkommen geheißen. Der VGT und die Stadt Goslar verbindet eine über sechs Jahrzehnte lange Zusammenarbeit. Der VGT ist in Goslar zu Hause.

Die Eröffnungsansprache wurde traditionsgemäß vom Präsidenten des Deutschen Verkehrsgerichtstages, Prof. Dr. Ansgar Staudinger gehalten. Mit großer Freude gab er bekannt, dass der Bahnstreik keinen Einfluss auf den VGT hatte. Es konnten alle überwiegend pünktlich zum VGT anreisen.

Von den 1624 Teilnehmenden waren 50 Studierende angemeldet, davon vier Studierende von der HöMS.

Der Plenarvortrag wurde vom Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Herrn Prof. Dr. Stephan Harbarth gehalten. Sein Thema war „75 Jahre Grundgesetz – Von der Verfassung der Paulskirche zu Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Arbeitskreise des Verkehrsgerichtstages

Der 62. VGT hatte acht Arbeitskreise mit folgenden Themen:

- *AK I – Einziehung von Täterfahrzeugen bei strafbaren Trunkenheitsfahrten?*
- *AK II – Haushaltsführungsschaden – wenn das Unfallopfer nicht mehr staubsaugen kann*
- *AK III – Fahreignungsgutachten und ihre Überprüfung durch die Fahrerlaubnisbehörde*
- *AK IV – Cleverness oder strafbares Verhalten? Behördentäuschung und Punktehandel*
- *AK V – Weniger Strafe bei Unfallflucht?*

- *AK VI – Vorschaden und Schadensgutachten*
- *AK VII – Mit dem Zug zum Flug zum Schiff – „Multimodale Reisen“*
- *AK VIII – Gefährdungshaftung des Reeders für Drittschäden?*

Die Motivation der HöMS-Studierenden

Unsere in Wiesbaden Studierenden befassen sich im Rahmen ihrer Bachelorarbeiten mit den Themen „Fehlerquellen und Verbesserungspotenziale in der polizeilichen Unfallaufnahme“, sowie „Unfallflucht – schwerwiegende Straftat oder geringfügige Ordnungswidrigkeit?“

Eine perfekte Gelegenheit, am AK V „Weniger Strafe bei Unfallflucht?“ teilzunehmen, neben Lehrenden der HöMS und der Fortbildung.

Dieser AK wurde souverän geleitet von Prof. Dr. Jan Zopfs, Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht an der JGU in Mainz. Referenten des AK V waren Michael Nissen, Rechtsanwalt, Leiter Int. Recht, Juristische Zentrale ADAC, Prof. Dr. Sven Henseler, Rechtsanwalt & Diplom-Finanzwirt (FH), EBS Universität und EPHK Ernst Klein, Verkehrsinspektion vom Polizeipräsidium Köln.

Der AK war ausgebucht und es wurden folgende Punkte beraten und diskutiert:

- *Wartepflicht, Meldepflicht und tätige Reue*
- *Können wir von unseren europäischen Nachbarn lernen?*
- *Veränderungsbedarf aus Sicht der Praxis*

Ergebnisse und Empfehlung des AK

1. Der AK ist der Auffassung, die Vorschrift des unerlaubten Entfernens vom Unfallort (§ 142 StGB) zu reformieren. Angesichts der Komplexität der Vorschrift sind Verkehrsteilnehmer und Geschädigte vielfach überfordert. Der AK empfiehlt, die Vorschrift im Hinblick auf die Rechte und Pflichten verständlicher und praxistauglicher zu formulieren.
2. Der AK ist mit großer Mehrheit der Ansicht, dass auch nach Unfällen mit Sachschäden das unerlaubte Entfernen vom Unfallort weiterhin strafbar bleiben soll. Eine Abstufung solcher Fälle zur Ordnungswidrigkeit wird abgelehnt.
3. Der AK empfiehlt die Festlegung einer Mindestwartezeit.
4. Der AK empfiehlt mit großer Mehrheit, dass Unfallbeteiligte ihren Verpflichtungen am Unfallort bzw. den nachträglichen Mitwirkungspflichten



auch durch Information bei einer ein-zurichtenden, zentralen und neutralen Meldestelle nachkommen können. Dort sind die für die Schadensregulierung notwendigen Angaben zu hinterlassen.

5. Der AK empfiehlt mehrheitlich erneut, die Voraussetzungen der tätigen Reue in § 142 Abs. 4 StGB zu ändern:

- Die Begrenzung auf Unfälle außerhalb des fließenden Verkehrs soll entfallen.
- Tätige Reue soll bei jeder Unfallflucht innerhalb von 24 Stunden nach dem Unfall möglich sein.
- Die Freiwilligkeit der nachträglichen Meldung bei der tätigen Reue sollte beibehalten werden.
- Tätige Reue führt zur Straffreiheit.

6. Der AK ist mehrheitlich der Ansicht, dass das unerlaubte Entfernen vom Unfallort bei Sachschäden nicht als Regelfall für die Entziehung der Fahrerlaubnis geeignet ist. Er empfiehlt deshalb, die Regelvermutung in § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB auf die Fälle zu beschränken, bei denen ein Mensch getötet oder nicht unerheblich verletzt worden ist.

Der Schutzzweck des § 142 StGB dient in erster Linie dem Geschädigten, der im Schadensfall seine zivilrechtlichen Ansprüche geltend machen kann. Dem AK V war es ein Anliegen, diesen Schutzzweck zu erhalten. Ziel ist es, die Norm für die Bürger verständlicher zu formulieren und der heutigen Zeit anzupassen.

Diese Empfehlung ist die Stimme aus der Praxis von Justiz, Polizei, Verwaltung und Lehre und wird dem Bundesjustizministerium vorgelegt. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Empfehlung im Gesetzgebungsverfahren hoffentlich wiederfindet.

Für die Studierenden war es eine neue Erfahrung, wie Fachwissen auf juristischer Ebene mit Praxisbezug diskutiert wurde und bei der Entscheidungsfindung mitgewirkt haben. Ein Dankeschön an die Hochschulleitung für die Ermöglichung dieser Exkursion.

Antonio Pedron

KURZWEILIGES SEMINAR „FUNKTIONÄRE IN DER GdP“

Im November 2023 war es endlich wieder soweit. In der Zeit vom 16.11. bis 17.11.2023 fanden sich 16 Kolleginnen und Kollegen im Landgasthof Bechtel in Willingshausen-Zella zum Seminar „Funktionäre in der GdP“ ein. Die Veranstaltung stand unter der Leitung von Stefan Rüppel, Jochen Zeng und Daniel Klimpke. Eines vorneweg:

Es war ein abwechslungsreicher Tag mit vielen Informationen. Alle Teilnehmenden haben viele Infos mitgenommen.



Erwähnenswert zu Beginn war, dass das Alter der Teilnehmenden von der „Jungen Gruppe“ bis zu Vertretern der „Seniorengruppe“ reichte, so dass Erfahrungen und Interessen der Gewerkschaftsarbeit bunt gemischt waren.

Nach kurzer Vorstellungsrunde wurden zur Eröffnung des Seminars zwei Kurzfilme präsentiert, die verdeutlichten, welche Themenbereiche die Gewerkschaftsarbeit der GdP umfasst und welche Vorteile sich daraus ergeben.

Diese, sowie weitere Informationsvideos, sind auf der kürzlich entworfenen Homepage der GdP Hessen für Studierende und Interessierte zu finden, schaut mal rein: (<https://studis.gdphessen.de>).

Danach wurden Aufbau und Struktur der GdP auf Bundes- und Landesebene erläutert. Im Zuge dessen wurde die Geschäftsstelle der GdP in Hessen mit Sitz in Wiesbaden vorgestellt. Diese dient für die Bezirks- und Kreisgruppen als zentraler Ansprechpartner.

Anschließend wurden durch Daniel Klimpke die Satzung der GdP und die daraus resultierenden Pflichten sowie Aufgaben in der Vorstandsarbeit dargestellt. Ein Schwerpunkt war der in der Mitgliedschaft inkludierte Rechtsschutz durch die GdP. Dieser ist in der Gewerkschaftsarbeit von zunehmender Bedeutung, da Polizeibeamte aufgrund von in sozialen Netzwerken und in der Presse diskutierten Einsatzmaßnahmen immer mehr im Rampenlicht stehen.

Außerdem wurde nochmals erwähnt, dass es in allen Bezirksgruppen in Hessen Rechtsschutzbeauftragte gibt, bei denen es sich um Beschäftigte der Polizei handelt. So wird gewährleistet, dass Anträge nicht durch Versicherungen geprüft werden müssen, sondern durch jene Beauftragte mit Polizeiverstand. Es wurde empfohlen, dass im Falle einer Inanspruchnahme des

Rechtsschutzes erst nach Überprüfung des Antrages eine Anwaltskanzlei beauftragt werden darf.

Nachdem alle offenen Fragen zum Thema Rechtsschutz beantwortet waren, folgte eine Gruppenarbeit. Die Teilnehmenden fanden sich in vier Gruppen zusammen und durften diesen Themen befassen:

- „Mitgliederbetreuung vor Ort“
- „Auftreten bei Social Media“
- „Politische Arbeit“
- „Organisation einer Jahreshauptversammlung“

In allen Themenbereichen konnten bereits bestehende Aktivitäten und Erfahrungen dargestellt, sowie weitere kreative Ideen vorgestellt werden.

Gerade die Themen „Mitgliederbetreuung“ und „Jahreshauptversammlung“ führten zu einem regen Austausch der Teilnehmenden. In vielen Kreisgruppen fällt auf, dass im Laufe der letzten Jahre nur wenige Mitglieder bei Jahreshauptversammlungen oder angebotenen Freizeitaktivitäten der GdP zugegen waren.

Ziel der Teilnehmenden ist es, das Interesse der Mitglieder an solchen Veranstaltungen zu steigern. Die aktive Gestaltung der Social-Media-Kanäle und der bereits erwähnten Informations-Homepage für Studierende und Interessierte wurde als sehr positiv empfunden und es wurden

Ideen für künftige Auftritte auf solchen Plattformen gesammelt.

So könnten beispielsweise in Zukunft kreisgruppeninterne Whats-App-Gruppen eröffnet werden, um die Mitglieder auf neuestem Stand zu halten.

Das Thema „Politische Arbeit“ wurde ebenfalls ausführlich diskutiert. So konnte festgestellt werden, dass sich die GdP gerade in Zeiten der aktuellen Koalitionsverhandlungen in Hessen engagiert, da beispielsweise die Innere Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnt. Hier sind unter anderem Forderungen der GdP zu inflationsangepasster Besoldung, ruhegehaltstfähigen Pensionen, sowie zur Angleichung der Gehälter auf bundesweiter Ebene hervorzuheben.

Zum Abschluss des ersten Tages wurde die Seminarrunde durch den Hauptpersonalratsvorsitzenden, Karsten Bech, erweitert. Nun wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit gegeben, ihn zu offenen Fragen zu interviewen. Diese umfassten interessante Themenbereiche, wie beispielsweise das nach dem erfolgten Pilotprojekt im Sommer gestartete AQV und die kommende Fußball-Europameisterschaft, welche auch die Beschäftigten der hessischen Polizei vor große Herausforderungen stellen wird.

Ein abwechslungsreicher Tag mit vielen Informationen klang bei einem gemeinsamen Abendessen im Restaurant des Landgasthofs Bechtel aus.

DER ZWEITE TAG

Der zweite Tag startete mit einem unterhaltsamen Quiz. Zur Lösung der Fragen halfen Informationen, welche die Teilnehmenden am vorherigen Tag erworben hatten.

Danach wurde die anstehende Personalratswahl 2024 thematisiert. Es wurden Ideen zusammengetragen, um die GdP für die Beschäftigten der hessischen Polizei



Immer wieder einen Besuch wert.
Der Landgasthof Bechtel in Zella



attraktiv zu machen und Wählerstimmen generieren zu können.

Zum Abschluss des kurzweiligen Seminars wurden die vor Beginn der Veranstaltung auf Karteikarten notierten Erwartungen der Teilnehmenden gesichtet und besprochen.

Nach Ansicht aller wurden diese ausnahmslos erfüllt.

Man stimmte überein, dass die gesammelten Informationen und ausführlichen Diskussionsrunden dazu beitragen werden, künftig eine produktive Gewerkschaftsarbeit leisten zu können.



Ein besonderer Dank gilt Stefan Ruppel, der dieses Seminar zum letzten Mal begleitete. Mit seiner wertvollen Expertise konnte er seit 2016 über 300 Mitglieder schulen. Ich kann jedem Mitglied empfehlen, dieses Seminar zu besuchen. ■

Lukas Kremer

GDP WESTHESSEN MIT EIGENEM JULIUS-CHANNEL

Die GdP Westhessen nutzt den dienstlichen Messenger als gewerkschaftlichen Infokanal, um Kolleginnen und Kollegen auf den dienstlichen Geräten direkt zu erreichen. Den Messenger Julius gibt es schon viel Jahre in der IT-Infrastruktur der hessischen Polizei. Führt er am Anfang nur ein Schattendasein, ist er in den letzten Jahren mehr und mehr auch Teil der polizeilichen Lagebewältigung geworden. Auch wir sind nun dabei.



So wurden im Dannenröder Forst über den Julius Channel erstmalig regelmäßige Lagemeldungen durchgegeben, die alle Einsatzkräfte erreichte. Auch bei kleineren Einsatzlagen wie Observationen, Fahnungen, größere Kontrollen oder im allgemeinen Streifendienst ist Julius ein wichtiges Führungs- und Einsatzmittel geworden.

Hintergrund ist, dass sich über den Messenger leicht Videos, Bilder, Pläne, Dokumente, Standorte und weiteres für eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, die sich im Channel befinden, teilen lässt.

So entstand im Vorstand der Bezirksgruppe Westhessen die Idee, den Channel auch für gewerkschaftliche Inhalte zu nutzen.

Und schnell wurde dann nach einer kurzen Namensfindung der neue Channel „Flurfunk GdP WH“ gegründet.

Ziel ist, Informationen über gewerkschaftspolitische, personalrätliche und

dienstliche Themen, den Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Westhessen auf einem Kanal zur Verfügung zu stellen. **Ausdrücklich nicht nur Mitglieder, sondern für alle Interessierten!**

Kurz nach dem Start am 12.01.2024 wuchs die Teilnehmerzahl des Kanals innerhalb weniger Tage rapide auf fast 600 Nutzer und NutzerInnen an!

Wir konnten hier bereits die Themen Einsatzbetreuung, einen Schimmelbefall, die Demo gegen Rechts und weitere Themen platzieren.

So gelingt es uns, Videos, Bilder und Texte in die dienstliche Infrastruktur auf die mobilen Endgeräte und Standard-Arbeitsplätze im Polizeinetz zu bringen.

Mit dem Schalten eines solchen Kanals geht natürlich auch eine hohe redaktionelle Verantwortung einher.

Wichtig ist es aber, dass diese Verantwortung allein beim Vorstand der Bezirksgruppe liegt und nicht in einem anderen Gremium, so dass wir verantwortungsbe-

wusst über die Inhalte entscheiden können!

Wir sind also Stand heute als GdP in der Lage, per Mausklick auf einen Schlag 600 Kolleginnen und Kollegen zu erreichen. Ein weiterer Infokanal, den wir uns erschlossen haben und eine tolle Ergänzung zu unseren bestehenden Zeitschriften und weiteren Social-Media-Kanälen. ■

Sebastian Schubert



MITGLIEDERVERSAMMLUNG AN DER HÖMS

Am Mittwoch, 15.11.2023 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe HöMS statt. Der Kreisgruppenvorsitzende Jonas Weyand begrüßte neben den aktiven Mitgliedern insbesondere natürlich die treuen Pensionäre. Neben den regulären Inhalten der Tagesordnung gab es Ergänzungswahlen im Vorstand. Der jetzige Kreisgruppenvorsitzende Jonas Weyand und der stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende Jörg Thumann legten ihr Amt nieder.



Bevor die Neuwahlen starteten, legte die Kassiererin Marika Hertling ausführlich die Kassenlage dar und die Kass Prüfer hatten nur Gutes zu berichten und konnten den Antrag auf Entlastung des gesamten Vorstandes stellen. Diese wurde ohne Gegenstimme vollzogen.

Unter der Leitung von Jörg Thuman wurden dann im Anschluss die Ergänzungswahlen im Vorstand immer mit einem einstimmigen Ergebnis durchgeführt.

Ein Staffwechsel hat beim Posten des Kreisgruppenvorsitzenden stattgefunden. Marika Hertling wurde als neue Kreisgruppenvorsitzende gewählt, Stefan Wagner als stellvertretender Kreisgruppenvorsitzender, Heike Bräutigam als neue Kassiererin. Die Führung der Kreisgruppe bleibt somit in erfahrenen Händen.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurden Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften vorgenommen.

25 Jahre GdP-Mitglied:

- Peter Hoffmann
- Claus Dieter Melcher
- Gaby Zimmermann

40 Jahre GdP-Mitglied:

- Stefan Gossing
- Johannes Renninghoff
- Bernd Rompel

50 Jahre GdP-Mitglied:

- Jürgen Metternich
- Udo Schiffer

60 Jahre GdP-Mitglied:

- Werner Abram
- Dittmar Langner

65 Jahre GdP-Mitglied:

- Frank Rütten
- Manfred Neuber
- Wolfgang Seydel

An dieser Stelle allen Jubilaren nochmals herzlichen Glückwunsch. Bleibt eurer GdP treu.

Mit Blick auf die Personalratswahl im Mai dieses Jahres wurde die Kandidatenliste der GdP vorgestellt, die alle Bereiche der HöMS umfasst. Natürlich sind alle Standorte berücksichtigt. Auch die Ausgewogenheit im Tarif- und Beamtenbereich kann sich sehen lassen.

An der HöMS wird die Wahl zudem von einem Generationswechsel betroffen sein.

Die Kreisgruppe HöMS ist weiterhin gesegnet mit attraktiven Herausforderungen, die es gilt anzunehmen und zum Erfolg zu führen.

Gehen wir es an.

Die Versammlung schloss mit einem Glas Wein oder Bier und alle genossen es, miteinander zu reden und noch eine Zeit zusammensitzen zu können.

Marika Hertling

50 JAHRE MITGLIEDSCHAFT VON HORST KLEIN

Unser lieber Kollege Horst Klein, zuletzt Angehöriger der Wasserschutzpolizeistation Frankfurt, feierte im November 2023 sein 50-jähriges GdP-Jubiläum.

Aus diesem Anlass wurde der Pensionär von Christian Giel, Vertreter der Kreisgruppe Wasserschutzpolizei, am 12.01.2024 mit einer Urkunde und einem „Worscht“-Präsentkorb geehrt.

Für Horst Klein stand der Dienst am Menschen, polizeilich wie auch privat, stets im Mittelpunkt. Er war auch nach seiner Pensionierung 1998 noch für die Gewerkschaft als Seniorenvertreter tätig und engagierte sich darüber hinaus auch noch lange Zeit gemeinsam mit seiner Frau aktiv in der Flüchtlingshilfe seiner Heimatstadt Dreieich.



Wir bedanken uns ganz herzlich für seine langjährige Treue und Verbundenheit zur GdP und wünschen ihm für die Zukunft Gesundheit und alles Gute!

Christian Giel



NEUWAHLEN IN DER KREISGRUPPE MUDRA

Am 28. November 2023 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Mudra statt.

Im Brauhaus in Mainz-Kastel kamen die Vorstandsmitglieder, Jubilare und erfreulicherweise auch einige andere Mitglieder der Kreisgruppe zusammen, um Neuigkeiten auszutauschen, interessante Gespräche zu führen und natürlich auch einen neuen Vorstand der Kreisgruppe zu wählen.

Zu Beginn der Versammlung wurde unser anwesendes Mitglied Nikolaus Wagner für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Zusätzlich zu der Urkunde und der Ehrennadel wurde unserem Jubilar natürlich auch ein Weinpräsent von seiner Kreisgruppe überreicht. (Bild oben rechts).

Unsere beiden Jubilare Lothar Däuber (60 Jahre) und Aribert Werblow (50 Jahre) konnten bei unserer Jahreshauptversammlung leider nicht anwesend sein.

Der Vorsitzende Gregor Bader berichtete im Jahresrückblick von den unterschiedlichen Aktivitäten der Kreisgruppe. Bei verschiedenen Einsatzbetreuungen (G 7-Gipfel in Wiesbaden/Rheingau, Fechen-

heimer Wald), wurde durch Mitglieder der Kreisgruppe unterstützt.

Am **Weltfrauentag** wurde zusammen mit der KG Präsidium ein Frühstück für unsere Kolleginnen organisiert. Beim **Gesundheitstag** der Direktion West mit dem anschließenden **Brunnenfest** versorgte man die Kolleginnen und Kollegen mit gegrillten Würstchen.

Zusammen mit der Kreisgruppe Präsidium organisierte man schließlich auch einen **Ausflug zum Canstatter Wasen**, der sehr gut angenommen wurde. Viele dieser Veranstaltungen werden sicherlich auch in diesem Jahr wiederholt werden.

Im Anschluss wurden durch Gregor Bader wichtige Themen aus der Bezirksgruppe angesprochen. Hier stehen die Personalratswahlen im kommenden Mai und nach wie vor die geforderte Zulage für geschlossenen Einheiten im Fokus.

Durch unseren Kassierer Ralf Steinmetz erfolgte dann der Kassenbericht.

Nach der Entlastung des Vorstands standen bei der Jahreshauptversammlung auch Neuwahlen auf der Tagesordnung.

Hier kam es unter der Leitung von Valentin Müller zu folgenden Ergebnissen:



- **Vorsitzender:** Gregor Bader
- **Stv. Vorsitzende:** Martina Freimuth
- **Kassierer:** Ralf Steinmetz
- **Stv. Kassierer:** Florian Ritzau
- **Schriftführer:** Ralf Heyer
- **Beisitzerin Tarif:** Uschi Heyn
- **Beisitzer Junge Gruppe:** Florian Köbler
- **Beisitzerin Frauengruppe:** Clara Heymer
- **Beisitzer Seniorengruppe:** Tino Müller

Nach dem offiziellen Teil saßen die Mitglieder noch in geselliger Runde zusammen und es kam zu interessanten und lebhaften Gesprächen. Hierbei war die Einführung unseres neuen Präsidiums für Einsatz natürlich ein großes Thema. ■

Gregor Bader

ENDLICH WIEDER KAFFEE FÜR DIE OPE BAB

Die OPE BAB, welche bis zuletzt gewerkschaftlich noch der Kreisgruppe Polizeiautobahnstation Wiesbaden organisiert war, wurde aufgrund des längst stattgefundenen Dienststellenwechsels in die Calvinstraße, aufgrund der örtlichen Nähe, der Kreisgruppe Wiesbaden angehörig.

Längst bekannt ist, dass das Dienstgebäude in der Calvinstraße bereits seit einiger Zeit nicht mehr zu den modernsten Gebäuden der Stadt gehört.

Entsprechend ausgestattet schien da auch die Küche zu sein. Der Kaffeevollautomat hat dann Anfang des Jahres auch noch seine Arbeit eingestellt.

Um also dem bedarfsorientierten Dienst zu allen Uhrzeiten, Tages- und Nachtzeiten der OPE BAB und den damit einhergehenden Kaffeegegewohnheiten unserer Mitglieder gerecht zu werden, bedurfte es also schnellstmöglich ein Ersatz.

Der Ausfall des bisherigen Kaffeevollautomaten fiel zeitlich derart ungünstig,

dass eine Beschaffung über die Eigenbudgetierung der Dienststelle nicht mehr möglich war. Traurig, aber wahr.

Aus diesem Grund wandte sich ein Mitglied hilfesuchend an die GdP und bat um Unterstützung.

Der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden hat erfreulicherweise mehrheitlich beschlossen, den Antrag anzunehmen und einer finanziellen Unterstützung bis zu einem Betrag von 200 € zuzustimmen.

Die GdP freut sich, die OPE BAB unterstützt zu haben und wünscht allen zu jeder Zeit einen hervorragenden Kaffeegegnuss. ■

Stefan Krollmann



Eine treffende Zusammenfassung hörten wir aus dem Munde einer Kollegin von einer anderen Dienststelle:

„Es ist doch schön zu wissen, dass es Menschen gibt, die sich für uns einsetzen. Vielen Dank dafür.“

Natürlich wurde das neue Gerät ausreichend gesichert an seine zukünftige Bleibe verbracht.



BERICHTE, BINGO UND BESCHERUNG

WEIHNACHTSFEIER FÜR PENSIONÄRE UND RENTNER DER KG WIESBADEN

Es war wieder Dezember und es war endlich erneut Zeit für die Weihnachtsfeier für Seniorinnen und Senioren der GdP-Kreisgruppe Wiesbaden. So wurden für alle 124 Pensionärinnen und Pensionäre der Kreisgruppe Wiesbaden Einladungen geschrieben und postalisch versandt und somit zum gemeinsamen Beisammensein gebeten.



Alle Bilder: GdP

Nach der schönen und angenehmen Veranstaltung aus dem letzten Jahr war der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden als Organisator wieder frohen Mutes auf eine ähnlich schöne Weihnachtsfeier.

Am Donnerstag, den 14.12.2022, zehn Tage vor Weihnachten, war es dann so weit. Etwa 30 Pensionärinnen und Pensionäre, teilweise in bester Begleitung, trafen überpünktlich um 15 Uhr in den Kantinennebenräumen der Privatkantine der HöMS ein.

Bei Eintreffen der Gäste war die Vorfreude auf die Veranstaltung sowohl auf Seiten des veranstaltenden Vorstandes, als auch auf Seiten der Pensionärinnen und Pensionäre deutlich erkennbar.

Alle freuten sich auf interessante Gespräche, lustige Geschichten, frohe Wiedersehen und einen schönen Abend.

Nachdem alte Bekannte begrüßt wurden und Horst Gregor als Beisitzer des Vorstandes die Gäste mit einem kühlen Sekt empfang, konnte es losgehen.



Unser allseits bekannter Rolf Krause eröffnete, mit dem legendären Berliner Dialekt und mit seiner unvergleichbaren Nikolausmütze auf, die Veranstaltung mit einem lautstarken „Ho, Ho, Ho!“. Gefolgt von einer kurzen Weihnachtsgeschichte.

Stefan Krollmann durfte die Veranstaltung als Kreisgruppenvorsitzender anschließend offiziell eröffnen und die eingeladenen Senioren begrüßen.

Der Kreisgruppenvorsitzende berichtete den Gästen über gewerkschaftspolitische Themen. So kam zum Beispiel die in 2023 erreichte Erhöhung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten „DuZ“ (um knapp 25%), oder die Einführung der Erschwerniszulage für Ermittler der ZKI/ZKF von 300€ zur Sprache.



Nicht verschwiegen wurden auch die dauerhaft bestehende GdP-Forderung zur Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, welche nunmehr längst überfällig ist. Oder die Reparatur der im Jahr 2021 durch den Hessischen VGH festgestellte verfassungswidrigen Alimentation.

Zwar wurde die Besoldung und Versorgung seit 2022 immer wieder minimal angepasst, jedoch bleibt fraglich, ob diese Besoldungsanpassung amtsangemessen ist oder nicht. Außer Frage steht jedoch, dass sowohl den Beamtinnen und Beamten, als auch den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern eine rückwirkende Besoldungsanpassung für die Jahre mit verfassungswidriger Besoldung zusteht.

Auch die aktuellen Entwicklungen zunehmender Gewalt in den Fußballstadien werden aus gewerkschaftlicher Sicht äußerst kritisch betrachtet.

Positiv konnotiert war dann der Bericht über die 2023 stattgefunden Tarifverhandlungen des TVöD und des TV-L. Die nahezu gleichen Ergebnisse beider Verhandlungen sahen eine gestaffelte Zahlung einer steuer- und sozialversicherungsabgabenfreien Inflationsausgleichsprämie in Höhe von insgesamt 3.000€ vor. Anschließend folgt eine tabellenwirk-

same Lohnsteigerung in Form eines Sockelbetrags von 200€ und anschließend 5,5%. Diese erzielten Ergebnisse lassen für die am 14. Februar 2024 anstehenden Verhandlungen des TV-H hoffen.

Am Ende des Berichtes informierte der Kreisgruppenvorsitzende anwesende Seniorinnen und Senioren über die Ergebnisse beider Berufsvertretungsstunden im Jahr 2023. Die GdP konnte im Februar 76,2 % und im September 71,3% der Berufsanfängerinnen und Berufsanfängern für sich gewinnen.



Bevor die Weihnachtsfeier für eine „Kaffee und Kuchen“-Pause unterbrochen wurde, konnte der anwesende Jubilar Dieter Kreppel für seine 25-jährige GdP-Mitgliedschaft geehrt werden.

Nachdem dem Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiums Westhessen, Felix Paschek, im letzten Jahr das Wort gegeben wurde und er es sich nicht nehmen ließ, sich gegenüber den Gästen vorzustellen und von seinem polizeilichen Werdegang über seine bisherige Arbeit, insbesondere die in der Stabstelle „Führungs- und Fehlerkultur“ bis hin zu aktuellen polizeilichen Themen zu berichten, wurde für dieses Jahr seine Stellvertretung, die Polizeivizepräsidentin Dr. Susanne Stewen eingeladen.

Sofort wurde diese Einladung, zu Ehren der Pensionärinnen und Pensionären, angenommen. Leider musste die Polizeivizepräsidentin jedoch den Termin kurzfristig krankheitsbedingt absagen.

Nachdem der Hausherr und Kantinenpächter Sascha Weil in der Pause wie ge-



wohnt für eine große und schmackhafte Auswahl an Getränken und Kuchen sorgte, wurde die Weihnachtsfeier mit einem vorgetragenen Weihnachtsgedicht von Rolf Krause fortgesetzt.

Zuletzt stand dann noch das alljährige Bingo-Spiel auf dem Programm, worauf sich, aufgrund der zu gewinnenden Preise, alle freuten.

Es wurden zwei Runden mit jeweils drei Platzierungen gespielt. Viele Kugeln mussten aus der Trommel gelost werden, bis der Erste „Bingo!“ rief. Die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner durften

sich unter anderem über einen Dresdner Christstollen und über diverse GdP-Artikel, wie etwa eine Aktentasche, einen Rucksack, Kladden, Thermokannen, Salatboxen und 3-in-1 Bestecksets, freuen.

Nachdem sechs Spielerinnen und Spieler ein glückliches Händchen bewiesen, waren alle Preise verteilt und der letzte Programmpunkt abgeschlossen.

Unterhaltend moderiert wurde das Spiel wie immer in gewohnter Manier durch den Vorsitzenden des Seniorenvorstandes der Bezirksgruppe Westhessen, Michael Messer. Auch diese Jahr war unsere „Los-

Fee“ die pensionierte Marie-Luise (Ise) Witzenthath.

Mit einem kleinen Resümee der Weihnachtsfeier und anschließender Abschlussrede des Vorsitzenden wurde die gelungene Veranstaltung beendet. Zeitgleich verteilte der anwesende Kreisgruppenvorstand allen anwesenden Gästen ein kleines Weihnachtspräsent.

Der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden wünschte allen Mitgliedern frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Stefan Krollmann

NEUES GDP-INFOBOARD BEIM RVD WIESBADEN

Kurz vor dem Jahreswechsel wandte sich der Regionale Verkehrsdienst an die GdP-Kreisgruppe Wiesbaden mit der Bitte, ihre Dienststelle mit einem moderneren als das bisherige Infoboard auszustatten.

In der Küche des Regionalen Verkehrsdienstes in Wiesbaden war bis zu diesem Zeitpunkt lediglich eine minimal größer als A3 große alte Pinnwand aus einer Korkplatte angebracht.

Für die ordentliche und vollständige Anbringung gewerkschaftspolitischer Aushänge wie tarifliche Forderungen, Streikaufrufe, aktuelle Stellungnahmen und gewerkschaftlichen Neuigkeiten, war dort wahrlich nicht ausreichend Platz vorhanden.

Kurzerhand stimmte der Vorstand mehrheitlich der Beschaffung eines neuen



Infoboards zu, sodass die Vertrauensleute der Dienststelle kurz darauf ein 60 cm x 90 cm großes magnetisches Whiteboard beschaffen konnten.

Pünktlich für die veröffentlichten tariflichen Forderungen zur bevorstehenden Tarifverhandlung des TV-H am 14. Februar konnten seit Mitte Dezember die GdP-Mitglieder wieder über alle wichtigen Neuigkeiten informiert werden.



Stefan Krollmann



EIN AMBITIONIERTER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Am 5. Februar fand die erste Sitzung des geschäftsführenden Landesjugendvorstandes im neuen Jahr statt. In der Geschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei in Wiesbaden trafen am Morgen ein Großteil des gewählten Jugendvorstandes und JUNGE Gruppe Beisitzer aus mehreren Bezirksgruppen ein.

Einige abwesende Vorstandsmitglieder wurden per Videokonferenz zugeschaltet, um aus den weiten Teilen Hessens an der Sitzung teilnehmen zu können.

Grund der Zusammenkunft waren unter anderem die Nachwahlen vakanter Vorstandsposten und die Verabschiedung ausgeschiedener Vorstandsmitglieder.

Eröffnung und Grußworte

Im Anschluss an die Begrüßung des Bezirksgruppenvorsitzenden Westhessens, Sebastian Schubert, wurde die Sitzung durch die Landesjugendvorsitzende Gianina Lüttger eröffnet. Der Landesvorsitzende Jens Mohrherr versäumte es natürlich nicht, sich die Zeit zu nehmen, grüßende Worte an die Sitzungsteilnehmenden zu richten und den beiden ausscheidenden Mitgliedern Gianina Lüttger und Marcel Müller zu danken.

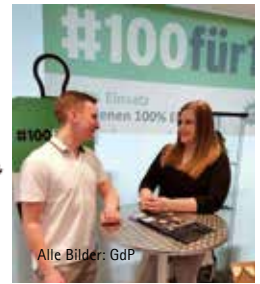
Des Weiteren wurden vom Landesvorsitzenden richtungsweisende Worte für das Jahr 2024, insbesondere für die anstehenden hessischen Tarifverhandlungen und die Personalratswahlen, geäußert.

Die bis dato Vorsitzende des Landjugendvorstandes Gianina Lüttger, GdP-Mitglied seit 2014, welche 2015 in die aktive Vorstandsarbeit gewählt wurde, war von 2017 bis 2021 Landesjugendkassiererin und anschließend seit 2021 die Nachfolgerin von Marcel Müller.

Aufgrund ihres Behördenwechsels vom Hessischen Polizeipräsidium für Technik zum Hessischen Amt für Versorgung und Soziales entschied sie sich schweren Herzens, ihr Ehrenamt bei der JUNGE Gruppe Hessen nach neun Jahren aufzugeben.

Im gleichen Zuge wurde der bis dahin stellvertretende Vorsitzende Marcel Müller von seinem Ehrenamt entlastet. Marcel Müller, welcher seit 2008 GdP-Mitglied ist, wurde 2013 unter dem damaligen Jugendvorsitzenden Jochen Zeng für eine Legislaturperiode als Kassierer gewählt.

Im Anschluss übernahm er von 2017 bis 2021 den Vorsitz und von 2021 bis 2024 unter Gianina Lüttger die Stellvertretung.



Nach elf Jahren ehrenamtliche Vorstandsarbeit wechselte der Hauptkommissar Marcel Müller aufgrund familiärer Gründe dienstlich von Wiesbaden nach Hannover und entschied sich folgerichtig auch gewerkschaftlich für einen Länderwechsel nach Niedersachsen.

Lukas Brauer stellt sich zur Wahl

Als Nachfolger für das Amt des Landesjugendvorsitzenden stellte sich der gebürtige Thüringer Lukas Brauer zur Wahl. Lukas ist aktuell 25 Jahre alt und hat an der HöMS in Kassel studiert.

Im Anschluss an sein Kripo-Studium wurde er zum K 20 nach Korbach im Bereich der Betrugsdelikte versetzt. Jetzt, aufgrund seiner gewerkschaftlichen Einbindung in die JUNGE Gruppe Nordhessen, und seiner Ambition als Vorsitzender der JUNGE Gruppe Hessen, wechselte er in die Kriminaldirektion Kassel in den Bereich der Mehrfach- und Intensivtäter.

Janina Fischer folgt Marcel Müller

Janina Fischer beabsichtigte die Nachfolge von Marcel Müller als stellvertretende Vorsitzende zu übernehmen. 2017 bis 2020 studierte sie die Kriminallaufbahn an der HöMS in Kassel und wurde nach erfolgreichem Abschluss zum K 14 nach Frankfurt versetzt.

Jetzt, im Alter von 27 Jahren, arbeitet Janina beim K 11 in Frankfurt. Gewerkschaftlich ist sie vor vier Jahren in den Landesjugendvorstand als Beisitzerin gewählt worden.

Beide zur Wahl Stehenden wurden einstimmig in ihre Ämtern gewählt.

Die JUNGE Gruppe Hessen dankt den beiden Ausscheidenden recht herzlich für

zusammengerechnete 20 Jahre ehrenamtliche Vorstandsarbeit.

Gianina Lüttger und Marcel Müller arbeiteten spätestens seit 2015 im Duo harmonisch zusammen und hatten zu jeder Zeit das Wohl der Organisation GdP und der Vorstandsmitglieder im Blick. Den beiden Neugewählten Janina Fischer und Lukas Brauer gratuliert die JUNGE Gruppe, wünscht eine erfolgreiche Zeit im Vorstand und freut sich auf eine erwartbare gute und freudige Zusammenarbeit.

Aktive Vorstandsarbeit

Im Anschluss an die Neuwahlen und die Verabschiedung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden verschiedene Workshops mit den Themen

- „Partys und Veranstaltungen“
- „politische Veranstaltungen“
- „Networking“
- „Darstellung gewerkschaftlicher Arbeit in sozialen Medien“

abgehalten.

In dem Workshop „Partys und Veranstaltungen“ wurde zum Beispiel für euch JUNGE Gruppe Mitglieder festgelegt, dass dieses Jahr erneut die legendäre Bootsparty auf dem Rhein stattfinden wird.

Als Premiere hingegen wird der Landesjugendvorstand seinen jungen Mitgliedern ein exklusives GdP-Motorradsicherheitstraining organisieren.

Wenn ihr also an einer Veranstaltung Interesse habt, dann haltet die Ohren offen, lest den Report in regelmäßigen Abständen und folgt uns auf Instagram „junge_gruppe_gdp_hessen“ für kommende Infos.

Wir freuen uns auf euch!

Stefan Krollmann



SCHAU MICH AN, ICH ERKENNE DEINE EMOTIONEN

Ist es tatsächlich möglich, anhand von Deutung von Mikroexpressionen, Lügen zu entlarven? Sozusagen ein menschlicher Lügendetektor. Ganz so einfach ist das nicht... Aber fangen wir mal vorne an. Am 22. und 23. Januar fand im Bürgerhaus von Hofheim-Marxheim das von der BZG Westhessen organisierte Mimik-Seminar statt.

15 Teilnehmer fanden sich ein, die sich auf ein „Geheimrezept“ für die Lügnererkennung und interessante zwei Seminartage freuten. Nach der Begrüßung wurden wir durch die professionelle und freundliche Leistungscoachin Dr. Jutta Bott durch das Seminar geleitet.

Bevor die Thematik des Lügens und dessen Erkennungsmerkmale angesprochen wurden, wurde zunächst einmal erläutert, was Kommunikation ist und welche Formen sie hat. „Sie ist die Tätigkeit des wechselseitigen Zeichengebrauchs und der wechselseitig adäquaten Zeichendeutung zum Zwecke der erfolgreichen Verständigung“. Diese setzt sich dabei lediglich aus 7% reinem Sachinhalt und 38% Sprache zusammen. Ganze 55% der Verständigung erfolgt durch Körpersprache.

Es folgten die Basics für besseres Kommunizieren. Hier kamen die bekannten fünf Axiome nach dem Philosophen und Psychotherapeuten Paul Watzlawick zur Geltung. Wieso es wichtig ist, die Grundlagen der Kommunikationsmodelle zu kennen, ergibt sich daraus, dass jeder von uns jeden Tag den ganzen Tag damit beschäftigt ist, zu kommunizieren – egal ob verbal oder nonverbal.

Das führt bereits zum ersten Axiom:

„Man kann nicht nicht kommunizieren.“

Hier ist die nonverbale Kommunikation gemeint. Ein Seufzen, eine Blickrichtung oder ein Lächeln. Alles ohne Worte. Dein gesamtes Verhalten kommuniziert mit deinem Gegenüber. Du kannst dich also nicht nicht verhalten.

Die zweite Grundannahme über die Kommunikation ist:

„Jede Kommunikation hat einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt.“

Dies bedeutet, dass die Kommunikation zwischen zwei Menschen davon abhängt, wie diese zueinanderstehen, unabhängig davon, was auf der Sachebene passiert.

Drittes Axiom:

„Kommunikation ist immer Ursache und Wirkung.“ Dies beschreibt den ewigen

Kreislauf der Kommunikation. Egal, wie du kommunizierst, du forderst damit bei deinem Gegenüber eine Reaktion heraus. Auf diese Reaktion wirst du, egal wie, auch reagieren.

Das vierte Axiom lautet:

„Menschliche Kommunikation bedient sich analoger und digitaler Modalitäten.“ Digitale Modalitäten sind sachliche Aussagen ohne Spielraum. Bei Analogen gibt es hingegen einen Interpretationsspielraum: die Mimik und Gestik. Aus diesem Axiom kann bereits ein Indiz für das Erkennen von Lügen hervorgehen. Nämlich, wenn sich Digitales und Analoges widersprechen sollten.

Das letzte Axiom lautet:

„Zwischenmenschliche Kommunikationsabläufe sind entweder symmetrisch oder komplementär.“ Eine symmetrische Kommunikation findet statt, wenn die Personen eines Gesprächs auf gleicher Ebene (z.B.: Freunde oder Kollegen) sind. Bei einer komplementären Kommunikation hingegen stehen die Unterschiede der Personen (z.B.: Position in der Hierarchie) im Mittelpunkt der Kommunikation.

Nachdem Frau Dr. Bott uns die Formen der Kommunikation näherbrachte, lernten wir etwas über die Körpersprache. Sie bedient sich den Mitteln: Körperhaltung, Proxemik, Blickkontakt, Gestik und Mimik. Und genau auf das Mittel der Mimik gingen wir nun vertieft ein.

Mimik ist die Bewegung des Gesichts, die nicht rein funktionell bedingt ist (z.B. Kauen, Lidschlag), sondern dem emotionalen Ausdruck beziehungsweise der nonverbalen Kommunikation dient.

Die mimische Muskulatur ist zum einen für den Ausdruck von Emotionen, sowie dem individuellen Gesichtsausdruck verantwortlich. Zum anderen besitzt sie Schutzfunktionen wie das Schließen von Augen und Mund. Die Kombination vieler Bewegungseinheiten werden dann bestimmten Emotionen zugeordnet.

So bedient sich die Emotion der Freude zwei Bewegungen. Dem Zusammenziehen des Ringmuskels um die Augen und dem Anheben der Mundwinkel. Bei der Freude handelt es sich um eine Basisemotion, welche rein mimisch erscheint.

Liebe zum Beispiel ist eine Unteremotion der Freude. Bei der Liebe handelt es sich um keine Basisemotion, da es neben der rein mimischen Bewegung der Freude noch einer Kopfnäheigung zur Seite bedarf.

Bei der Emotion des Stolzes ist es genauso. Neben dem Ausdruck der Freude kommt hier noch eine Kopfbewegung dazu, nämlich streckt man die Nase nach oben. Und so betrachteten wir eine Menge an Emotionen und ihre Auswirkungen, beispielsweise bei Ekel, Ärger, Trauer u.a.

Dein Körper oder Gesicht verrät dir also deine wirklichen Gefühle. Die Körpersprache geschieht unbewusst und ist aus diesem Grund so machtvoll für Deutungen von Emotionen. Verbal kannst du Emotionen ausdrücken, die du eigentlich nicht wirklich meinst. Nonverbal ist das schon deutlich schwieriger.

So kamen wir zu dem Thema „Lügen“.

Die Lüge ist: „Eine absichtliche wahrheitswidrige Darstellung, die gegeben wird, als ob es eine wahrheitsgemäße wäre“. So muss dem Lügner also eindeutig bewusst sein, dass er die Unwahrheit sagt. Niemand kann lügen, der die Wahrheit nicht kennt.

Ein Anzeichen ist die Abnahme der Körpersprache bei einer Lüge. Sie verlangt dem Lügner kognitiv sehr viel ab. Der Lügner ist zu sehr damit beschäftigt zu lügen und kann sich deshalb nicht noch auf seine Körpersprache konzentrieren. Signale für eine kognitive Beanspruchung des Lügners sind zum Beispiel häufigere Denkpausen und Benutzen vieler Füllwörter als üblich, um die Lüge fehlerfrei zu erzählen. Unübliches Stottern oder eine Anspannung der unteren Augenlider, sowie einseitiges Schulterzucken sind weitere Indizien. Wichtig ist jedoch, den Sprachstil deines Gegenübers zu kennen. Es ist kein Indiz für Lügen, wenn jemand Füllwörter beim Erzählen benutzt, die seinem Sprachstil entsprechen.

Ein Mythos jedoch ist, dass Lügner beim Lügen den Blickkontakt meiden. Im Gegenteil. Lügner verstärken in der Regel den Blickkontakt, um beim Belogenen zu überprüfen, ob die Lüge ankommt oder aufzufliegen droht. Abschließend war die Studie des amerikanischen Psychologen Paul Ekman noch erwähnenswert. Sie bestätigte, dass Gesichtsausdrücke mit 70% die wichtigsten Quellen für Täuschungshinweise sind.

Mein Fazit als Teilnehmer: Es ist schwer, jemanden beim Lügen zu ertappen. Aber nach dem Seminar wahnsinnig spannend, bei deinem Gegenüber eine kurzweilige Mikroexpression „herauszukitzeln“.

Stefan Krollmann

NEUES GDP SEMINAR „VIDEO-PRODUKTION“

Die GdP bildet ihre Funktionärinnen und Funktionäre in der Produktion von Videos aus. Ein gemeinsames Seminar aller Bezirksgruppen war der Startschuss für die Modernisierung unserer Social Media Auftritte. Insbesondere in Vorbereitung der Personalratswahlen im Mai 2024 bauen wir verstärkt auf den digitalen Wahlkampf. Modern, professionell und überall erreichbar.



Die weltweite Entwicklung

Der Anteil des weltweiten Datenverkehrs im Internet von Videostreaming liegt bei 60%. Hier stellt Netflix mit seinem Video on Demand-Angebot den Spitzenreiter, aber kurz dahinter kommen bereits Youtube, Instagram, WhatsApp, Facebook und Co. Das zeigt ganz deutlich, dass die Menschen, die sich im Internet bewegen, gerne Videos konsumieren.

Die Besonderheit für Social Media

Dieser Konsum hat viele Hintergründe:

1. Videos haben eine größere Reichweite als reiner Text oder Bilder, da sie auffälliger sind und Benutzer eher dazu neigen, sie anzusehen und zu teilen.
 2. Videos können das Engagement der Benutzer steigern, da sie visuell ansprechend sind und mehrere Sinne ansprechen. Als Zuschauer kann man sich wesentlich besser mit den Protagonisten identifizieren.
 3. Komplexe Konzepte und Nachrichten lassen sich oft besser durch Videos erklären und visualisieren, als einfach nur durch einen Text. Das führt zu einem besseren Verständnis und einer höheren Aufmerksamkeit beim Zuschauer.
 4. Videos sind vielseitig einsetzbar. Von anschaulichen Kurzclips bis zu längeren Dokumentation ist alles möglich.
 5. Social-Media-Kanäle wie Youtube sind auch Suchmaschinen und können so zu einer besseren Auffindbarkeit unserer Organisation im Internet führen. Und die Sichtbarkeit unserer Inhalte verbessern
 6. Videos sind leicht teilbar und können sich so auf verschiedenen Plattformen schnell verbreiten. Das erweitert das potenzielle Publikum enorm.
- Die Marke GdP mit ihren Werten und Botschaften kann auf eine kreative und ansprechende Weise vermittelt werden, was wiederum die Bindung und das Vertrauen der Mitglieder stärkt.

Videos für unseren Wahlkampf

In unserer Vorbereitung der Personalratswahl wurde schnell klar, dass für den Wahlkampf im Jahr 2024 Videos eine große Rolle im digitalen Wahlkampf spielen werden.

Wir entschlossen uns, mit der Produktionsfirma TBT einen professionellen Partner an die Seite zu nehmen, um in mehreren Videos unsere Inhalte an den Mann und die Frau zu bringen.

Die Dreharbeiten zu den Filmen erstreckten sich nach einigen Vorbereitungssitzungen über zwei Tage und wurden in Nordhessen durchgeführt.

Ohne die Ergebnisse vorweg zu nehmen: Es sind eindrucksvolle Filme entstanden!

"Die Videowerkstatt" zeigt wieder einmal, dass die GdP eine moderne Gewerkschaft ist, die mit der Zeit geht und viele kreative Möglichkeiten anbietet, wie man junge Mitglieder für Gewerkschaftsarbeit begeistert und gleichzeitig einen wichtigen Schritt im Bereich der Werbekunst geht".

Franziska Walter – Teilnehmerin

Die Idee eines und Durchführung des Seminars

Es entstand in der Arbeitsgruppe die Idee, dass wir uns selbst auch in die Lage bringen müssten, ansprechende Videos zu produzieren. So wurde der Wunsch an Tommy von TBT Productions herangetragen, ein Seminar für Interessierte aus allen Bezirksgruppen durchzuführen.



Die Umsetzung fand dann im Dezember auf dem Video Produktions Seminar statt.

Nach einer kurzen Einführung über wichtige Grundsätze beim Filmen ging es auch schon über Besonderheiten bei Videos für Social Media.

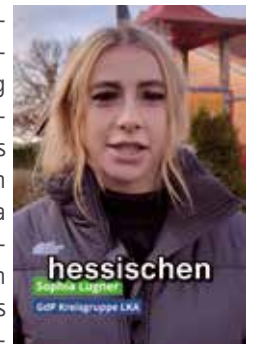
Wichtige Punkte hier sind, dass Videos kurz und prägnant sind, da die Aufmerksamkeitsspanne begrenzt ist, das Video muss von Anfang an interessant, visuell ansprechend und zielgruppenorientiert sein.

Mit diesen Hintergrundinformationen erstellten wir mit einer speziell vorgestellten App erste Inhalte und hatten auch gleich Erfolge. Mittels App konnten schon einige Filme hintereinander geschnitten werden und es entstanden bereits erste ansehnliche Produkte.

Nach einem gemütlichen Abend, wo wir uns natürlich auch über das Thema weiter ausgetauscht haben, wurde am Folgetag das Thema professioneller Videoschnitt am PC thematisiert und ein kleiner Einblick gewährt. Hier wurden die Ergebnisse des Vortrages noch einmal nachbearbeitet und zu schönen Filmen veredelt. Die Teilnehmenden, die teilweise keine Vorerfahrung hatten, gaben ein durchweg positives Feedback.

Fazit

Mit dem Seminar und der weiteren Beschäftigung mit und Priorisierung des Themas Videoproduktion und Social Media wurde ein wichtiger Meilenstein gesetzt, um das Portfolio der gewerkschaftlichen Informationskanäle neben Text und bildbasierten Inhalten noch weiter auszubauen.



Sebastian Schubert